

Grünberger Wochenblatt.

Erscheint täglich.

Monatlicher Bezugspreis: Aus der Geschäftsstelle
über den Ausgabestellen abgezahlt 1.50 RM. (wöchentlich
8 Pf.); ins Haus gebracht 1.75 RM.

Durch die Post bezogen kostet das Wochenblatt monatlich 1.50 RM.; durch den Briefträger ins Haus gebracht 1.80 RM.

Zeitung für Stadt und Land.

Anzeigenpreis: Die einspaltige 30 Millimeter breite
Zeile kostet 20 Pf. — Die Reklameseite (90 Millimeter
breit) kostet 80 Pf. — Fernprecher: Nr. 2, 101 und 102
Postleitzahl: Breslau 12242.
Bank-Konten: Dresdner Bank, Deutsche Bank und
Disconto-Gesellschaft, Stadt-Sparkasse, Kreis-Sparkasse
sämtlich in Grünberg in Schlesien.

Der Berliner Verkehrsstreit.

Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses: Verlängerung des Manteltariffs. — Verbindlichkeitserklärung durch den Schlichter. — Eingreifen der politischen Polizei. — Der Verkehr völlig lahmgelegt. — Androhung fristloser Entlassung der Streikenden. — Fortsetzung des Streits? — Bezirksleitung der NSD. festgenommen.

297 Personen zwangsgestellt.

Der unmittelbar vor den Wahlen zum Ausbruch gekommene Berliner Verkehrsstreit ist ganz zweifellos eine politische Angelegenheit, auch wenn angegeben werden muss, daß die weitere Lohnförderung, wie sie in den Verhandlungen zum Tarifvertrag zum Ausdruck gekommen ist, die Arbeiter und Angestellten der Berliner Verkehrs-Gesellschaft in der Gesamtheit schwer trifft. Bemerkenswert ist, daß hier zum ersten Male die nationalsozialistische Verbrüderung mit den Kommunisten in die Erziehung getreten ist. Eine Tatsache, die von Kennern der Verhältnisse immer vorausgesagt wurde. Der Polizeipräsident von Berlin hat zwar eine Verfügung erlassen, wonach Arbeitswillige geschützt werden sollen, aber mit dieser Verfügung wird noch kein Streik beendet. Unabhängig davon, wie und wann dieser Streik zu Ende geführt wird, bleibt er im ganzen ein ernstes Symptom für den kommenden Winter und mit Formulierungen wie „autoritäres Regime“ und „grundsätzlich neue Staatsführung“ ist die politische Unzufriedenheit nicht zu meistern.

Der nach ergebnislosen Verhandlungen von der Direktion der BVG angerufene Schlichtungsausschuss trat gestern nachmittag zusammen. Nach zweistündiger Verhandlung wurde dann von den Gewerkschaftsfunktionären der Vorschlag gemacht, den Manteltarif auf das Jahr 1933 verlängert und das Gehalt ab dem 1. Januar 1933 zu erhöhen. Von den Vertretern der BVG vorher befragt hatten, daß der Fehlbetrag der Gesellschaft 8 bis 9 Millionen RM. betrage, wurde erklärt, daß eine Verlängerung des Manteltarifs auf ein Jahr unannehmbar sei. Darauf zog sich der Schlichtungsausschuss zur Beratung zurück und fügte seinen Spruch hinzu, daß der Manteltarif bis zum 31. März 1933 verlängert wird. Das Lohnabkommen wird verlängert mit der Voraussetzung, daß ab 1. November bei den Löhnen sämtlicher Gruppen mit Ausnahme der der Fahrkartenausgeberinnen eine Erhöhung von 2 Pf. pro Stunde eintritt. Das Lohnabkommen ist mit monatlicher Frist kündbar.

Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten den Schiedsspruch ab, während die BVG-Vertreter die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragten, die dann auch vom Schlichter für den Bezirk Brandenburg erlassen.

Die Politische Polizei hat gestern im Laufe des Nachmittags in den Streik eingegriffen und weit über 50 Streikposten festgenommen. Sie hat sich zu diesem Schritt veranlaßt gefehlt, weil nach ihrer Ansicht der Hintergrund für den Streik mehr auf politischem als auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen ist.

Die Berliner warteten gestern früh an Hunderten an den Haltestellen auf ihr gewohntes Verkehrsmittel. Erst als sie durch Flugblätter über den Streik bei der BVG unterrichtet wurden, setzten sich die Massen in Bewegung, um zu Fuß an ihre Arbeitsstätten zu gelangen. Die Mannschaftswagen, die morgens das Personal zu den Betriebsbahnhöfen bringen sollten, kehrten mit fast leeren Wagen zurück, da sich nur ein geringer Teil Arbeitswilliger eingefunden hatte. An den Betriebsbahnhöfen der BVG waren noch in der Nacht uniformierte Streikposten aufgestellt worden, die allen Arbeitswilligen den Zutritt zu den Wagenhallen verweigerten. An verschiedenen Stellen kam es zwischen Streikposten und Arbeitswilligen zu kleineren Auseinandersetzungen, die jedoch von der Polizei im Keime ersticken konnten.

Auf Grund der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches steht die BVG nachts noch alle Mittel in Bewegung, um im Laufe des heutigen Tages den Verkehr auf sämtlichen drei Verkehrsmitteln wieder aufnehmen zu können. Die Arbeitnehmer, die bis 2 Uhr nachmittags sich auf ihren Dienststellen nicht eingefunden haben, sollen fristlos entlassen werden.

Von einer Stelle, die sich als zentrale Streikleitung der Verkehrsarbeiter bezeichnet, wurde gegen Mitternacht den Redaktionen eine Erklärung augeleitet, wonach sich an den Befreiungen der Streikleitung durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches nichts ändere; der Streik werde fortgesetzt.

Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, hat der Berliner Polizeipräsident im Auftrage des kommissarischen Innenministers alle Maßnahmen getroffen, die dem Schutz des arbeitswilligen Verkehrspersonals in Berlin und die Sicherung der Verkehrseinrichtungen verbürgen.

Die Polizei nahm am Donnerstag abend die Berliner Bezirksleitung der NSD fest. Die Mitglieder dieser Gruppe besaßen sich in einer Versammlung, die den Zweck hatte,

einen Sympathiestreik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke anzutreten. Insgesamt wurden 52 Funktionäre festgenommen.



Bemerkenswert ist, daß sich die nationalsozialistische Betriebszellen-Abteilung an die Spitze der Streikenden stellt, indem sie einen Aufruf erlässt, worin es heißt, daß der Streik von der nationalsozialistischen Betriebsorganisation als bestreitigt anerkannt wird. Dieser Verkehrsstreik, so erklärt sie, dürfte nicht der Schluss, sondern wahrscheinlich der Anfang zu größeren Streikaktionen für die nächste Zeit sein.

Berlin, 4. November. Die Leitung der BVG. rechnet damit, daß heute nachmittag von 2 Uhr ab, dem letzten Termin für die Wiederaufnahme der Arbeit, wenigstens ein Teilbetrieb auf sämtlichen drei Verkehrsmitteln durchgeführt werden kann.

Im Betriebsbahnhof der Straßenbahn in Tegel wurde heute morgen ein Sabotageakt entdeckt. Die Hebel an den Masten der Leitung waren teilweise abgeschaltet und abgebrochen.

Berlin, 4. November. Bis heute morgen sind im Verkehrsstreit 297 Personen zwangsgestellt worden. — Mehrere Autobusse haben den Verkehr unter polizeilicher Bedeckung aufgenommen.

Die gesamte Streikleitung hat für heute mittag 1 Uhr eine Versammlung einberufen, in der über weitere Beschlüsse beraten werden soll. Die nationalsozialistische Streikleitung hat für heute abend 6 Uhr eine Versammlung anberaumt.

Auf unserem Bilde sehen wir unten die geschlossenen Tore eines Untergrundbahnhofes, vor dem Streikposten stehen. Oben Hochbetrieb auf der Berliner Stadtbahn. Für viele war die Stadtbahn die einzige Möglichkeit, überhaupt zur Arbeitsstätte zu gelangen, so daß hier ein Verkehr einsetzte, wie er nur an heißen Sommer-Sonntagen zu verzeichnen ist. An den Fahrkartenschaltern stauten sich lange Schlangen.

Der Reichspräsident empfing gestern den deutschen Botschafter in Moskau, Dr. von Dirksen.

Dr. Treudelenburg hat am Mittwoch sein Amt als Untergeneralsekretär des Völkerbundes in Genf angetreten.

Ein Interview des Reichskanzlers.

Paris, 4. November. Reichskanzler von Papen hat einem Berliner Mitarbeiter des „Express“ auf verschiedene aktuelle Fragen geantwortet.

Der Reichskanzler gab seiner festen Hoffnung Ausdruck, die ihm gestellten Aufgaben durchzuführen zu können, andererfalls werde er nicht eine Sekunde länger an der Regierungbleiben.

Zum Gleichberechtigungsproblem führte der Reichskanzler aus, es handle sich um das Recht, genau das Gleiche tun zu können, wie die anderen. Zunächst haben wir Anspruch auf materielle Sicherheit.

Der Besucher wies den Reichskanzler darauf hin, daß zwischen Paris und Berlin großes Misstrauen herrscht. Der Reichskanzler erwiderte, mit Misstrauen werde man niemals eine gute Politik treiben können.

Zulässigkeitsverordnung zum Versammlungsverbot.

Ausnahmen zu Kommunalwahlen.

Berlin, 4. November. Wie wir erfahren, ist an dem gestern erlassenen Verbot öffentlicher politischer Versammlungen heute eine Zulässigkeitsverordnung ergangen, durch die die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen ermächtigt werden, „Ausnahmen von dem Verbot für solche öffentlichen politischen Versammlungen zu Nämnen zuulassen, die der Vorbereitung von Wahlen zu öffentlichen Körperschaften dienen, sofern diese Wahlen im Monat November 1932 stattfinden“.

Diese Ausnahme hat den Zweck, eine Behinderung der Vorbereitung von Kommunalwahlen, wie sie z. B. in Sachsen bevorstehen, auszuschließen.

Schwere Zusammenstöße mit Arbeitern.

der Nationalsozialisten und imma... Nächte zum Freitag zu einer Auseinander... in der von den Nationalsozialisten etwa 15 Schüsse abgegeben wurden. Ein Arbeiter wurde schwer, ein anderer leicht verletzt. An anderer Stelle wurde ein Nationalsozialist durch einen Schuß verletzt.

Umsatzsteuer — Ausfuhrvergütung.

Berlin, 4. November. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat die Schädigung einer Ausfuhrvergütung vorgesehen. Danach sollte einem Unternehmer, der Lieferungen ins Ausland nachweist, ein Betrag bis zur Höhe der auf der Ware enthaltenden Umsatzsteuer vergütet werden.

Im Einvernehmen mit den Spartenverbänden der Wirtschaft wird die Ausfuhrvergütung in Höhe von einem halben Prozent grundsätzlich auf alle Waren, die zum Export gelangen, gleichmäßig gewährt werden. Mit der Inkraftsetzung der Ausfuhrvergütung ist voransichtlich schon am 1. Dezember 1932 zu rechnen.

Gertrud Bindernagel gestorben.

Berlin, 4. November. Die Opernsängerin Gertrud Bindernagel, die, wie erinnerlich, vor kurzem von ihrem Mann, dem Bankier Hinke, nach einer Aufführung in der Städtischen Oper in Berlin durch einen Revolverschuß schwer verletzt worden war, ist heute nachmittag 2.30 Uhr im Krankenhaus an Embolie gestorben.

Berlin, 4. November. Die gestrige Vorstellung der „Banditen“ in der Städtischen Oper wurde abgesetzt. Das Haus blieb geschlossen.

Herriots spanische Reise.

Merger über die kalte Dusche von Madrid.

Paris, 4. November. Die Erregung über die Zwischenfälle, die Herriots Spanienreise begleitet haben, hat sich noch nicht gelegt. „République“ fordert eine radikale Neubesetzung verschiedener diplomatischer Posten. Die Reise Herriots nach Madrid sei vom französischen Botschafter in Spanien ungenügend vorbereitet worden. Frankreich braucht wirkliche Botschafter. Seit Jahren wisse man im Ausland, wie ungünstig die französische Propaganda sei. Das müsse aufhören.

„Victoire“ spricht von einer kalten Dusche, die Herriot in Madrid erhalten habe, versucht aber als einziges Blatt den Dingen auf den Grund zu gehen. Auch in Spanien sei man sich darüber klar, daß ohne eine deutsch-französische Annäherung eine wirtschaftliche und finanzielle Wiederbelebung der Welt nicht möglich sei. Es gebe keine Verhütung und keine Entspannung in Deutschland, solange gewisse Plumpheiten des Versailler Vertrages nicht revidiert seien. Von allen großen Siegernationen sträube sich heute nur noch Frankreich gegen eine Revision. Darin müsse man die Erklärung für die Madrider Kundgebung gegen Frankreich suchen.

Entscheidung über Kontingente nicht mehr in dieser Woche

Die Beratungen des Reichskabinetts abgeschlossen.

Das Reichskabinett hat gestern nachmittag gegen 2.30 Uhr seine Beratungen abgeschlossen. Über das Ergebnis der Beratungen wurde im Laufe des Spätnachmittags folgendes Communiqué herausgegeben:

Die Reichsregierung befahlte sich in ihrer Kabinettssitzung vom 2. und 3. November mit Agrarfragen. Sie ist der Ansicht, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden muß. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaus erforderlich, sondern auch um einen Zusammenbruch der Osthilfe-Aktion, die Gefährdung der bisher für den Osten angewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern. Die Reichsregierung hat daher die hierzu erforderlichen Maßnahmen beschlossen.

Die Reichsregierung hält es für ebenso dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungewöhnliche Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden. Sie hat demgemäß die Kontingen-

tierung der Getreideeinfahrt auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abrede ihre Zustimmung erteilt. Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der hänischen Landwirtschaft, verhandelt hat. Die Reichsregierung veranlaßte, daß das besonders reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, unverzüglich gesichtet und bearbeitet wird. Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

Wie das Conti-Nachrichten-Büro erfährt, steht der Zeitpunkt der Entscheidung über die Kontingenfrage noch nicht fest. In unterrichteten Kreisen rechnet man aber nicht damit, daß sie noch in dieser Woche erfolgt. Diese Auffassung wird gestützt durch die auch in dem Communiqué unterstrichene Rechtfertigung des Materials, das die Verhandlungen der Kontingenkommission ergeben haben und das erst gesichtet und bearbeitet werden muß. Diese Bearbeitung soll nach der amtlichen Mitteilung unverzüglich durchgeführt werden. Alsdann wird sich das Reichskabinett erneut mit dem Problem beschäftigen und seine Entscheidung treffen.

Es ungeheuerlich, wenn der Ministerpräsident eines deutschen Landes trotzdem diese Handlung der Reichsregierung für verfassungswidrig erklären.

Der Vorstand der Zentrums-Faktion

des Preußischen Landtages hat sich am Mittwoch und Donnerstag eingehend mit der Lage beschäftigt, die infolge der Maßnahmen der Reichsregierung nach dem Leipziger Urteil in Preußen entstanden ist. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfaßt, ist der Vorstand der Zentrumsfaktion mit dem Kabinett Braun der Ansicht, daß die Maßnahmen der Reichsregierung dem Sinn und Buchstaben des Leipziger Urteils besonders angesichts dessen Begründung, widerstreichen und vor allen Dingen mit dem Wunsch des Reichspräsidenten auf eine friedliche Zusammenarbeit nicht zu vereinbaren sind. Der Vorstand der Zentrumsfaktion ist der Ansicht, daß es nur Sache des Preußischen Landtages sei, möglichst bald durch Schaffung einer verfassungsmäßigen Staatsregierung dafür Sorge zu tragen, daß der Reichskommissar für Preußen bald der Vergangenheit angehört. Der Fraktionsvorstand ist von seinem Standpunkt aus bereit, alle dahingehenden Bestrebungen zu unterstützen.

Der Preußische Landtag wird, einer Vereinbarung im Kabinett vor der letzten Beratung gemäß, in der Woche vom 17. bis 20. November an seiner nächsten Tagung abstimmen.

**Billiger Strickwaren-
und
Trikotagen-Verkauf!**

A.O. Schultz

General Raulin, Mitglied des Obersten Kriegsrates und ehemaliger Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte im August 1921 in Oberschlesien, ist gestern im Alter von 62 Jahren in Paris gestorben.

Offener Brief an Kreisensen.

Von Werner Bergengruen.

Ein neuer Baedeker ist erschienen — ein Baedeker des Herzens, der sich als Reiseführer bezeichnet und im Verlag Tradition — Wilhelm Kolt, Berlin, erschienen ist. Ein rechter Reiseverliebter blättert hier im riesigen bunten Bilderbuch der Schöpfung. Der Glanz des Reisens funkt aus jeder Seite. Hier ist die Aufgelösenheit des Herzens, die das oberste Gesetz alles Reisens ist. Auch nach Abschluß der eigentlichen Reisezeit wird man dieses Buch als Nachhall mit viel Vergnügen lesen.

*
Es ist schon so mit der Geographie Deutschlands: Dachau und Tübingen, Straußberg und Königsberg, Weimar, Hamburg, Dresden, Rothenburg und Tangermünde — das alles kennen wir. Aber es gibt andere Orte — Orte, die ewig im Dunkel bleiben, ewig von Rätseln umwirbelt, ewig geheimnisvoll. Und doch kennt jeder ihre Namen, kennt sie aus Storm und König, von Fahrkarten und Reisebüros.

Da ist Kreisensen. Wenn man vorüberfährt, so ist es immer Nacht. Kommt man tags vorbei, etwa auf der Reise von Hamburg nach Basel oder von Berlin nach Köln, so drängen sich die Umsteigenden im Gange und verdecken die Fenster. Noch nie habe ich von Kreisensen mehr zu sehen bekommen, als den Bahnhof, den Eingang zum Wartesaal, ein Mädchen mit Bier und einen Jungen mit Zeitungen.

Ist Kreisensen eine Stadt, ein Dorf? Hat es überhaupt Realität oder ist es nur eine Fiktion, ein mathematischer Begriff, Schnittpunkt zweier Linien? Eine halb von Willkür, halb von Gesetzmäßigkeiten dictierte Annahme, etwa wie ein Meridian, wie der Äquator, die Erdahne, der Reichsindex, das Durchschnittsalter der Papagaien, die Steuerzumme, die auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, die mittlere Temperatur von Barcelona, die jährliche Regenmenge von Singapur, der Prozentsatz der tödlichen Ausgänge von Typhuserkrankungen?

Und wenn es eine Stadt ist, so ist es vielleicht eine schöne Stadt. Wie müßte es im Idiom der Reichsbücher heißen? Ist es vielleicht die Perle der Provinz Hannover oder nur die Perle der D-Zugstrecke Hamburg-Basel? Hat es Industrie? Wird es vielleicht gelößt? Hat es ein Denkmal? Einen großen Sohn? Vielleicht gar einen größten? Gibt es da irgend ein altes, vornehmes, stillgewordenes Biedermeierhaus mit dem Gedenktafel: „Hier lebte ... von bis ...“ Vielleicht Goethe? Aber sein Leben ist schon so gräßlich erworben, nirgends eine Lücke in der er in Kreisensen gewesen sein könnte. Aber der Große Kurfürst? Oder Herder? Oder Beppelin oder Spitzweg? Ja, vielleicht ist es so ein richtiges, liebes, altes Spitzwegsäidchen mit strümpfestrickenenden Invaliden, gräßbewachsenen Kanonen, weinlaubumponnenen Gevatterinnen-Ertern?

Gibt es vielleicht eine Schlacht bei Kreisensen? Oder ein Volksfest?

Nun wollen wir aber heben an
von Kreisensen, der edlen Stadt ...

Und die Einwohner? Sagt man Kreisenfer oder Kreisener oder gar Kreisenenser? Wie merkwürdig müßte das sein: eine Kreisebekanntheit, ein wohlbelebter Herr mit goldenem Pincenez, röthlich-blondem Schnurrbart, gesunder Gesichtsfarbe und einem grauen Sportanzug von der Art, die immer im Speisewagen sitzt, helles Bier trinkt und Schnckenbrötchen isst. Man wechselt ein paar Worte und plötzlich erfährt man: er ist Tierarzt in Kreisensen. Oder irgendwo, vielleicht in Lüttich oder Kassel, wo es so viele Pensionärs gibt, trifft man ein Kind, ein reizhaftes Mädchen mit Tränen in den großen, runden, braunen Augen, und man erfährt: es hat Heimweh, Heimweh nach Kreisensen.

Gibt es das? Wenn Kreisensen aber doch nur der Schnittpunkt zweier D-Zugstrecken ist ... Kann man sich einen Gleisdreieck mit Heimweh vorstellen?

Sollten diese Zeilen einem Kreisenfer (siehe oben) zu Gesicht kommen, so fordere ich ihn auf, mich brieflich zu belehren, was es mit Kreisensen für eine Bewandtnis hat.

Parteitag der Radikalen in Toulouse

Herriot betonte wiederum die Un trennbarkeit von Sicherheit und Abrüstung. — Die Politik der Regierung gebilligt

Paris, 3. November. Heute früh wurde in Toulouse der Parteitag der Radikalen eröffnet. Ministerpräsident Herriot, der auf seine Rückkehr aus Spanien an der französischen Grenze den Zug verließ, um im Auto weiterzufahren, ist im Laufe des Vormittags in Toulouse eingetroffen.

Auf dem Parteitag äußerte sich Herriot ziemlich ausführlich über das Finanzproblem und das Budgetdefizit. Er wies auf seine Anstrengungen zur Behebung dieses Defizits hin. Man darf nicht vergessen, daß auch bei den Militärausgaben 2½ Milliarden Franken eingelöst worden seien. Herriot bedauerte, daß ein Mitglied der Radikalen Partei Bemerkungen gemacht habe, die den Friedenswillen der Regierung in Zweifel ziehen. Das seien wahrheitswidrige Behauptungen, die im Hinblick auf das Ausland schändlich seien. Über die Reparationspolitik und die Lausanner Abkommen erklärte Herriot, Deutschland habe den Young-Plan freiwillig in Austausch gegen die Rheinlandräumung angenommen. Seine Verpflichtungen seien also frei und feierlich gebilligt gewesen. Wenn Unterschriften keinen Wert mehr für die Entwicklung der künftigen Gesellschaft hätten, dann sei alles zu befürchten. Über den Hoover'schen Abrüstungsplan erklärte Herriot, er habe sich seine Ansicht darüber vorbereitet, um ihn ernstlich studieren zu können. Hier handele es sich um verwickelte technische Fragen, von deren Lösung das Leben der Kinder Frankreichs abhänge. Er werde niemals die Sicherheit von der Abrüstung trennen lassen. Frankreich habe vier Jahre lang unter einer Invasion zu leiden gehabt. Habe er nicht das Recht, für sein Land Garantien für die Zukunft zu verlangen? Man dürfe keine leichtfertige Lösung annehmen.

Alsdann nahm der Radikale Kongress eine Entschließung an, in der die allgemeine Politik der Regierung gebilligt wird.

Wohin auswandern?

Holland? — Rumänien?

Die leichte Auswanderungsmöglichkeit, die Holland dem Ausländer gewährt, und die scheinbar niedrigen Lebenshaltungskosten haben schon sehr viele Auswanderungswillige dazu verführt, dieses Land als Ziel zu wählen. Und wie sieht es dort in Wirklichkeit aus? Das sagt uns der „Kuriere“, die Wochenzeitung für die deutsche Kolonie in Holland, in einer seiner letzten Ausgaben: die Zahl 70 000 für die deutsche Kolonie — vor drei Jahren lebten mehr als 100 000 Deutsche in Holland — ist stark ins Schwanken geraten. Viele Einwanderer müssen, trotz der schlimmen Verhältnisse im Reich, nach kurzer Zeit zurückkehren, enttäuscht und noch ärmer. Manche tun es freiwillig; sie werden von der holländischen Fremdenpolizei als „Lebensunfähige“ abgeschoben. Von den Deutschen, die ihr Verdienstesinkommen in Holland haben, nehmen nur wenige „gehobene“ Stellungen ein. Es sind das die Geschäftsleute, die seit Jahrzehnten anstündig sind, die deutschen Geistlichen und Missionare und die Lehrer an den deutschen Schulen, von den Vertretern der Diplomatie und der Presse abgesehen. Die anderen sind in erster Linie Handelsangestellte und Arbeiter in Fabriken und am Hafen. — Überall herrscht Not und Arbeitslosigkeit. Insgesamt hat Holland 2,5 Millionen Arbeitslose. In vielen Gemeinden ist die Tätigkeit um 50-60 Prozent gesunken. Im Haushaltswesen liegt ein 20 Prozent der Haushalte in Misserfolg. Die meisten Sätze liegen auf: die Not der Seelen ist verschüttend. In den Fabriken, in den wenigen Fabriken, in den Kohlenwerken, überall dasselbe Bild: „Abbau, Entlastung.“

Und der andere außerdeutsche Staat, nach dem ebenfalls viele Auswanderungswillige hoffnungslos blicken, wenn kaum günstigere Verhältnisse auf: Rumänien. Die fortschreitende Verschlechterung der Arbeitsmarktverhältnisse läßt es immer schwieriger für einen Ausländer werden, die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erhalten bzw. verlängern zu lassen. Jede Berufsausübung ohne Bewilligung wird streng bestraft.

Das sind nur zwei Beispiele aus dem Gebiet: „Auswanderungsmöglichkeiten“. Sie sind — leider! — für sehr viele andere Länder typisch. Die wirklichen Auswanderungsmöglichkeiten sind sehr beschränkt, sehr schwer auffindbar und durchaus nicht für jeden Auswanderungswilligen auswertbar. Über die zwei wichtigsten Fragen: wohin? und: für wen? unterrichtet stets bereitwillig und unentgeltlich an Hand neuester Unterlagen das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart, das auch über alle anderen Fragen der Auswanderung jede gewünschte Auskunft erteilt.

D. A. J.

Kreisensen? Ach, Kreisensen ist ja nur ein Beispiel, und vielleicht gar nur ein Symbol. Da sind noch Uelzen und Bebra und Elm und Osterburken und Büchen und Trennlingen, Troisdorf, Neudietendorf und Großheringen. Schreibt mir alle, die es angeht!

Und wenn ich es selbst einmal wagte? Wenn ich in Kreisensen ganz einfach aussteige und einen Zug übernehme? Welche Schicksale würden mich erwarten? Siegt nicht vielleicht hier gerade der Eingang zur Unterwelt, ins Land der Träume, der Nebel, felsigeitstrunkener Melancholien? Oh, vielleicht Abenteuer, unausdenkbare Geschichten, kleine Dinge von schrecklicher Süße, von unmöglich rüttender Bölichkeit und Trauer ...

Ach, ich werde nie in Kreisensen einen Zug übernehmen. Und wenn ich dort einmal Aufenthalt habe, werde ich den Wartesaal nicht zu verlassen wagen. Lieber werde ich mich still betrinken, einsam und von fremden Schauern durchröhrt, als daß ich mich vom Tische rührte und auch nur einen einzigen Blick aus dem Fenster auf den geheimnisvollen Ort würde. Und nicht wahr, ihr alle, deren Blick vielleicht auf diese Sätze fällt, du Tierarzt von Kreisensen, du Kaplan von Osterburken, du Postsekretär von Troisdorf, du Briefmarkensammler von Großheringen, du Schuhmacher und heimlicher Verleger von Elm und du süßes blonde Mädel von Bebra, nicht wahr, ihr werdet mir nicht schreiben? Wenn ihr je diese Zeilen lesen solltet, so lächelt und denkt, es liege in eurer Macht, der immer grauer, immer erfroter, immer überflugener werdenden Welt ein Stück Geheimnis, ein Stück Traum, ein Stück Mythis zu bewahren. Und wenn das plötzliche Halten des Zuges mich nachts aus wirren Halbdräumen jäh aufschrecken läßt, Träumerei und schwärme Kondukteurstrafe, verworrenes Gesumm haftriger Menschenstimmen, das Weih greller Bogenlampen und das bonbonfarbene Aufglimmen roter und grüner Lichtsignale schmerhaft und läßt in mein aufgestörtes Herz stürzen, dann will ich an euch denken, euch danken, mich euch dunkel verbunden fühlen unter dem Anhund des Unbekannten und wissen, daß es unser Los ist, immer und ewig vorbeizufahren, wo uns ein geheimnisvoll vertrauter Name zum Bleiben und Erkennen lockt.

Werner Bergengruen

1. Beilage zum Grünberger Wochenblatt No. 260.

Freitag, den 4. November 1932.

Wer zieht ins Weiße Haus?

Wahlmüdigkeit in USA. — Wetten für Roosevelt. — Im Hintergrund das Geldproblem.

Am ersten November-Dienstag nach dem ersten November-Montag — so kompliziert ist der Termin im Wahlgesetz festgelegt — wählt das amerikanische Volk seinen Präsidenten und mit ihm zugleich drei Dutzend Staatenparlamente, 40 Gouverneure, das Bundesparlament, den Senat — ein summares Wahlverfahren, das auf einen Tag in vier Jahren zusammenbringt, was wir in Deutschland sorgfältig verteilen.

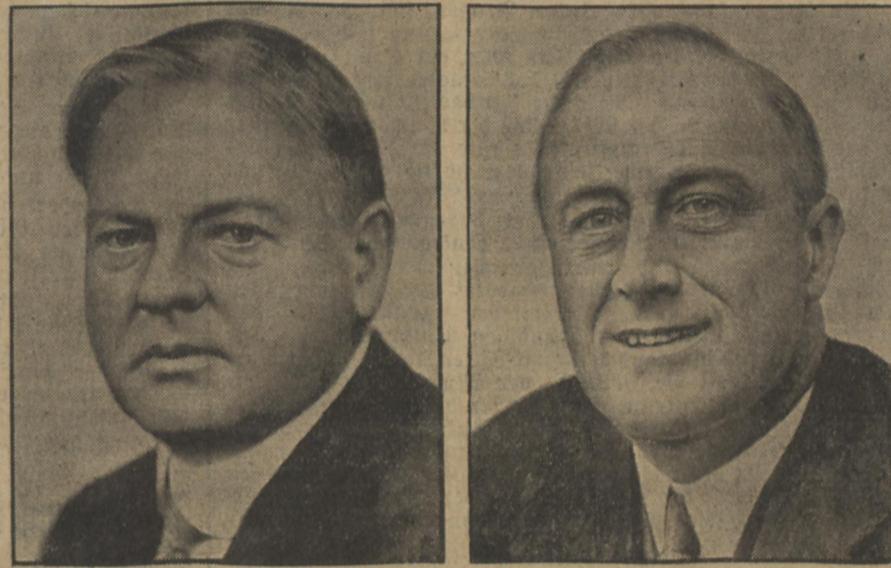
Zusammengedrängt und vielleicht deshalb umso lauter, größer, losspieliger ist auch die Wahlpropaganda. Der Rundfunk wird in Amerika von Wahlreden beherrscht, das ganze Strafenbild steht unter dem Eindruck der kommenden Entscheidung. Aber, mag die amerikanische Wahl sonst wenig Verwandtes mit deutschen Wahlvorgängen haben, in zwei Punkten stimmen diesmal Wahlbeobachtungen in Amerika und Deutschland überein: in der Geldknappheit der Parteien und in der politischen Interesselosigkeit der Wähler. Die Präsidentenwandskandidaten reisen wie immer durch die Staaten, aber ihre Reden werden kaum angehört. Wenn vor vier Jahren bei dem Kampf zwischen Hoover und dem demokratischen Kandidaten Al Smith leidenschaftlich um Erfolg oder Niederlage auch unter den Wählern gestritten wurde, so macht sich diesmal, obgleich ein Umschwung in der amerikanischen Politik höchst wahrscheinlich ist, größte Interesselosigkeit bemerkbar. Die Wähler wollen in erster Linie Ruhe haben und sie erwarten nicht mehr von den Wahlparolen irgend einer Partei Wunder. Wahlbeteiligung spielt freilich in Amerika nicht die auslösende Rolle wie in Deutschland. Ob die Zahl der abgegebenen Wählerstimmen größer oder geringer ist — die Zahl der Mitglieder des Repräsentantenhauses, des Senats, steht fest und ebenso die Zahl der Wahlmänner, die jeder einzelne Staat für die Wahl des Präsidenten aufstellt.

So hängt auch die Entscheidung, ob Hoover oder Roosevelt, ob die Republikaner oder die Demokraten siegen, nicht von der Wahlteilnahme ab. Und es scheint, daß die Demokraten, zum ersten Male seit der Wahl Wilsons diesmal das Rennen machen werden. Die offiziellen Programme beider Parteien sind so verwachsen, in so diplomatischen Wendungen abgesetzt, daß man einen Unterschied zwischen Republikanern und Demokraten überhaupt kaum erkennen kann. Anders ist es in diesem Wahlkampf schon mit den Reden der Präsidentenwandskandidaten, die sich gerade bei der herrschenden Interesselosigkeit bemühen müsste etwas zu bieten, und anders ist es mit den eigentlichen Grundlagen, die jede der beiden Parteien hat. Die Republikaner sind in erster Linie die Partei der Großindustrie und führen sich als solche auf den Norden und den Osten des Landes. Den Kern der demokratischen Partei bilden die Farmer im Süden der Vereinigten Staaten. Das bestimmt den politischen und wirtschaftlichen Charakter der beiden Gruppen. Die amerikanische Industrie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten unter dem Schutz hoher Zollmauern entwickelt, sie verlangt Zölle und wieder Zölle und alle Propaganda-Redens Hooovers predigen deshalb den Segen des Schutzes gegen die ausländische Konkurrenz. Die Farmer brauchen Absatzgebiete für ihre Baumwolle und ihren Weizen, sie wissen, daß Absatzgebiete nur durch gegenseitige Konzessionen zu bekommen sind, und sie sind deshalb im Grundsatz Freihändler. Das bedeutet freilich nicht, daß ein demokratischer Wahlsieg nun Amerikas Verzicht auf Schutzzölle bringen würde, aber doch eine Lockerung des festigen Zollsystems. Roosevelt hat als sein Programm bereits Zollermäßigungen in der Form wechselseitiger Verträge mit den anderen großen Handelsmächten angekündigt. Ein Wechsel von Hoover zu Roosevelt würde deshalb diesmal nicht nur einen Personenwechsel, er würde eine tatsächliche Umstellung der amerikanischen Politik bedeuten — eine Umstellung allerdings, die sich erst sehr langsam bemerkbar machen kann, denn der Präsident, der aus den Wahlen hervorgeht, tritt erst im März sein Amt an und bis dahin ist die amerikanische Politik überhaupt stillgelegt, da der ausscheidende Präsident natürlich seinem Nachfolger nicht vorgreifen kann und will.

Die Wetten in Wallstreet stehen 2:1 für Roosevelt und die Folge ist, daß die großen Industrieunternehmen, die eigentlich die Wahl finanzieren, und die ins republikanische Lager gehören, diesmal mit der Verteilung von Wahlgeldern sehr zurückhaltend geworden sind. Die ohnehin schlechten Propagandaaussichten der Hoover-Partei haben sich dadurch nicht verbessert. Nur einen Vorteil hat Hoover gegenüber den Demokraten, daß jene so wenig wie er von den Problemen zu reden wagen, die den amerikanischen Bürger am meisten angehen, von den Steuer- und Finanzproblemen. Denn die Demokraten wissen, daß, wenn sie ans Ruder kommen, auf diesem Gebiet Versprechungen nicht zu erfüllen sind. Die schwierige Finanzlage ist das eigentliche Hauptproblem Amerikas, das bei den Wahlen vorsichtig verschwiegen wird. Der Haushaltspolitik weist nach kaum einem Vierteljahr Dauer schon einen Fehlbetrag von mehr als einer halben Milliarde Dollar auf. Die Steuern sind um 50 Prozent hinter den Voranschlägen zurückgeblieben. Die Möglichkeit der Ausgabenverminderung ist kaum vorhanden. Auf Eingänge aus den europäischen Schuldnerstaaten kann man für absehbare Zeit nicht rechnen. Die Regierung, die diese Mißstände überwinden will, wird sich nach der Wahl, gleichviel wie sie ausschlägt, sehr bald unbeliebt machen. Dazu man trotz der vorsichtigen Zurück-

haltung der beiden großen Parteien diese Schwierigkeiten bei den Wählern fühlt, zeigt sich vielleicht darin, daß zum ersten Male die Sozialisten in den Vereinigten Staaten bessere Wahlchancen haben. Nicht als ob es ihnen gelingen könnte, irgend einen Einfluss auf den Ausfall der Präsidentenwahl zu gewinnen, aber übereinstimmend wird be-

Die Kandidaten für die amerikanische Präsidentenwahl.



Hoover (Republikaner).

Roosevelt (Demokrat).

richtet, daß sie mit einer Verzehnfachung ihrer Wählerstimmen rechnen könnten. Und darin werden sich Stimmungsmomente bemerkbar machen, die keine fünfjährige Regierung außer Acht lassen darf.

Hoover wurde in einer Zeit wirtschaftlicher Blüte gewählt und er hatte es zuerst leicht, seine Wähler nicht zu enttäuschen, sein Nachfolger wird mit solchen Enttäuschungen weniger lange warten können.

Der Untergang der „Riobe“.

Kapitänleutnant Ruhfuß vom Marine-Kriegsgericht freigesprochen.

Die 1. 8. November. In dem heute begonnenen Prozeß erklärte der Angeklagte, Kapitänleutnant Ruhfuß, als Kommandant trage er für alles, was auf dem Schiffe geschehen sei, die volle Verantwortung. Er gab eine ausführliche Darstellung von dem Unglück. Zum Schlus seiner Aussage erklärte er: „Ich fühle mich nicht schuldig. Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen alle Maßnahmen getroffen, die mir als altem Segler bei Gefahr nötig erschienen. Ich hatte keinen Grund, mehr Segel zu bergen, da ich nach meinen Erfahrungen hinter der aufkommenden Gewitterwolke nicht so viel erwarten konnte, als tatsächlich dahinter steckte.“ Aus einem Führungzeugnis des Inspektors des Bildungswesens der Marine, Konteradmiral Schulz, ging hervor, daß Ruhfuß als Offizier wie als Kommandant der „Riobe“ eine hervorragende Dienstauffassung gezeigt habe. Seine Leistungen seien ausgezeichnet gewesen, so daß sie ihn als geeignet erscheinen ließen, unter Vielen zum Führer des Schiffes ausgewählt zu werden. Die Zeugen bestätigten das plötzliche Auftreten der Welle, die mit ungeheurer Wucht eingehauen sei, deren Gefährlichkeit aber vorher nicht zu erkennen gewesen sei. Nach Schlus der Befreisungserklärung erstatteten die Sachverständigen ihr Gutachten. Aus ihren Berichten geht übereinstimmend hervor, daß Kommandant Ruhfuß garnicht anders handeln können, als es geschehen sei; es habe sich um eine Welle gehandelt, wie sie in unseren Breiten nur sehr selten vorkomme. Das Unglück sei daher auf höhere Gewalt zurückzuführen. In seinem Plädoyer betonte Kriegsgerichtsrat Becker, von einem Verhüten des Kommandanten könne nicht die Rede sein, denn mit einem derartigen außergewöhnlichen Naturereignis habe er nicht rechnen können. Er stelle daher die Freisprechung des Kommandanten anheim.

Die Verhandlung endete mit dem Freispruch des Kapitänleutnants Ruhfuß.

Der Grund für Amtsenthebung des Gutiner Bürgermeisters.

Hamburg, 8. November. Zu der Amtsenthebung des Gutiner Bürgermeisters Dr. Stoffregen durch den nationalsozialistischen Regierungspräsidenten Dr. Voehmen erfuhr das „Hamburger Fremdenblatt“, daß der Regierungspräsident Einblick in gewisse Ermittlungsarbeiten in den Bombenlegeraffären hatte haben wollen. Dr. Stoffregen habe aber jede Auskunft abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß er durch die Staatsanwaltschaft in Bielefeld zur Geheimhaltung verpflichtet sei.

Neuer Appell Brauns an Hindenburg.

Die kommissarische Regierung Preußens und die Beschwerden des Ministerpräsidenten Braun.

Ministerpräsident Dr. Braun empfing gestern nachmittag Vertreter der Presse und gab ihnen eine Darstellung der Verhandlungen des alten Preußischen Staatsministeriums mit dem Reichskommissar über die Wiedereinsetzung in das Amt. Er erklärte, daß alle Versuche, zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert seien. Nachdem nun alle Mittel er schöpft seien, sehe er sich gezwungen, sich Freitag erneut an den Herrn Reichspräsidenten zu wenden. Er werde ihm in einem Briefe offen darlegen, wie sich die Dinge seit dem Empfang beim Reichspräsidenten entwickelt hätten. Dabei werde er auseinandersehn, daß das, worüber nach seiner Meinung bei dem Empfang eine Verständigung herbeigeführt worden sei, die loyale Durchführung des Urteils des Staatsgerichtshofes durch die Reichsregierung, leider nicht eingetreten sei, daß man im Gegenteil versucht, mit kleinen Mitteln die Wiedereinsetzung der alten Preußischen Regierung in ihr Amt zu verhindern. Weiter werde er darauf hinweisen, daß der Herr Reichspräsident berufen sei, das Urteil auszuführen. Er werde ihn deshalb bitten, den Reichskommissar anzuhalten, endlich dafür zu sorgen, daß das alte Preußische Staatsministerium wieder in sein Amt eingeführt werde. Zum Schlus werde er noch betonen, daß er alles getan habe, um zu einer Verständigung zu gelangen; um so mehr müsse er es bedauern, wenn er gewungen sei, sich noch einmal an den Staatsgerichtshof zu wenden.

Zur Begründung des Briefes an den Reichspräsidenten führte Dr. Braun noch aus, daß sich seine Bemühungen um die Wiedereinsetzung ins Amt nicht nur auf die Räume, sondern auch auf die Verfügung über die Akten und die Beamten erstrecken. Der Reichskommissar wolle, daß die Mitglieder der alten Preußischen Staatsregierung Akten und Beamte immer durch den Staatssekretär anfordern; so aber sei die Erfüllung der Aufgaben, die das Leipziger Urteil ihm auweise, nicht möglich, namentlich dann nicht, wenn es sich um eilige Fälle handele. Ministerpräsident Dr. Braun fügte noch hinzu: Wenn übrigens erzählt werde, daß er die Absicht habe, mit einem Reichsbannerkommando in der Wilhelmstraße einzuziehen, so verkenne man doch seine ganze Einstellung.

Schließlich nahm auch Staatsminister Stierleiter noch das Wort, um zu betonen, daß es nach Auffassung des Staatsministeriums wohl möglich sei, die acht Preußischen Ministerien in sechs oder vier zusammenzulegen. Das alte Staatsministerium habe aber nicht daran gedacht, das Wohlfahrtsministerium so zu „seitern“, wie es jetzt geschehen sei. Auf die Dauer könnten bei dieser Neorganisation keine Erfahrungen gemacht werden.

In Kreisen der kommissarischen Preußischen Regierung wird zu den Ausführungen, die der Preußische Ministerpräsident Braun gestern nachmittag vor Vertretern der Presse gemacht hat, nochmals mit allem Nachdruck betont, daß man nach wie vor in jeder Weise bereit sei, berechtigte Wünsche der Preußischen Minister hinsichtlich der Bereitstellung von Arbeitsräumen usw. Rechnung zu tragen. Allerdings bestreitet man es nach wie vor als untrüglich, den Mitgliedern des Kabinetts Braun Büros in den einzelnen Fachministerien einzuräumen, oder gar das Gebäude des Staatsministeriums in der Wilhelmstraße ihnen zur Verfügung zu stellen. Man weist darauf hin, daß die im Wohlfahrtsministerium für das Preußische Kabinett angewiesenen Räume durchaus würdig und ausreichend sind.

Nun hat Ministerpräsident Braun gestern nachmittag auch Wünsche hinsichtlich der Verfügung über die Akten und die Beamten geltend gemacht. In Kreisen der kommissarischen Regierung vertritt man demgegenüber die Ansicht, daß, wenn eine verhängnisvolle Verwirrung der Befugnisse vermieden werden soll, der dienstliche Verkehr zwischen den Staatsministerien und anderen preußischen Dienststellen sich nur in der bereits vor einigen Tagen geschilderten Weise vollziehen kann, d. h. indem die beizulegenden Wünsche durch Vermittlung des Ministerialbüros direkt dem Beauftragten des Staatskommissars zugeleitet werden. Im übrigen steht dem Ministerpräsidenten Braun der Verkehr mit den stellvertretenden Reichsratsbevollmächtigten, die ja höhere Beamte in den Ministerien sind, durchaus frei. Allerdings nur soweit es sich um Reichsratsangelegenheiten handelt. Dabei wird es sich nicht vermeiden lassen, daß die betreffenden Beamten ihren vorgesetzten Staatssekretären darüber Bericht erstatten.

Gregor Strasser über die Legalität der NSDAP.

Königsberg i. Pr., 8. November. In einer nationalsozialistischen Wahlversammlung erklärte heute abend Gregor Strasser, die Wahl vom 6. November müsse auf Jahre hinaus die letzte sein. So oder so. Die Frage der Legalität der NSDAP wurde in diesem Zusammenhang in der seit Beginn des Wahlkampfes von nationalsozialistischer Seite schon mehrfach gehörten Art auch von Gregor Strasser wieder gestellt. Er meinte, wenn die Reichsregierung glaube, die Verfassung nicht achten zu dürfen, dabei aber Adolf Hitler auf Ewigkeit zu verpflichten, die Legalität zu wahren, dann werde die Zeit kommen, wo man sich zusammensehe und über eine Änderung der nationalsozialistischen Taktik berate.

Der Grund für den Rücktritt Zaleskis.

London, 8. November. Der Pariser Korrespondent der „Morningpost“ glaubt, der Hauptgrund für den Rücktritt Zaleskis sei der Beschluß der polnischen Regierung, den polnisch-russischen Nichtangriffspakt zu ratifizieren, ohne den Abschluß der entsprechenden russisch-rumänischen Verhandlungen abzuwarten.

Paris, 8. November. Der Rücktritt des polnischen Außenministers Zaleski und seine Ergebung durch den bisherigen Unterstaatssekretär im Außenministerium, Oberst Bed, wird von der Pariser Presse im allgemeinen dahin gedeutet, daß eine Änderung in der polnischen Außenpolitik nicht zu erwarten sei.

nur NIVEA-CREME kaufen!

Nichts anderes! Denn es gibt eben Hautcreme, die das hautverwandte Eucerit enthält!

Hugenbergs Wirtschafts-Programm.

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete gestern abend eine große Kundgebung im Berliner Sportpalast, bei der der Parteiführer Hugenberg gründliche Ausführungen über die wirtschaftlichen Forderungen der Deutschnationalen Volkspartei und über die Stellungnahme der Deutschnationalen zu den Verfassungsreformplänen mache.

Man habe vergessen, betonte der Redner, was nationale Wirtschaft sei und beräusche sich an dem gefährlichen Worte Weltwirtschaft. Nicht etwa Autarkie, sondern die Rückkehr zu einer geordneten Nationalwirtschaft in allen höchsten Ländern bringe die Heilung der Krise und die Wiederbelebung des gesunkenen internationalen Warenaustausches. Jedes Land müsse bei sich selbst Hand anlegen, und vor allem Deutschland durch autonome Schuldenregelung.

Mit dem Kapitalismus, wie wir ihn hatten, erklärte der Redner, geht es nicht. Das internationale zwischen den Staaten vagabundierende Kapital ist der Feind aller. Es muß eingefangen und unschädlich gemacht werden. Das nationale Kapital aber soll für das verantwortlich sein, was es tut, darum Ehrengerechte für die wirtschaftlichen Menschen und Zurückdrängung des anonymen namenlosen Unternehmers. Neben dem persönlichen Unternehmer und dem persönlich verantwortlichen Besitzer einer Kapitalmehrheit soll nicht etwa der Staat oder die Gemeinde als Inhaber der großen Werke stehen, sondern der organisierte, sich selbst verwaltende Verufstand, insbesondere die organisierte Landwirtschaft, deren Verknüpfung mit dem gewerblichen Leben in aller Interesse liegt. So würde an Stelle des bisherigen regellosen Durcheinander wechselseitig anonyme Kapitalmächte in den höheren Machtstufen des Wirtschaftslebens, ohne daß der Staat wirtschaftet, ein geordnetes Gerippe ständischer und verantwortlicher Kapitalmächte treten.

Mit einem kranken Volk, fuhr der Redner fort, könne man keine Verfassung machen, und das, was jetzt auf diesem Gebiete geschieht, seien nur Notstandssachen. Aber es darf nichts geschehen, was dem großen Ziele zuwiderlaufe. Die berufständische Gliederung sei eine wirtschaftliche Selbstverwaltung, die dem Staat eine Fülle von Arbeiten abnehme, ohne über den Staat zu herrschen. Wir wollen keinen Parteistaat, so betonte Hugenberg, sondern einen Staat einheitlichen nationalen Willens. Der neue Staat wird auch die Frage, was politisch notwendig ist, nicht durch Urteil eines Staatsgerichtshofes behandeln lassen. Über den konfessionellen Zwiespalt soll der nationale Einheitsgedanke die Brücke schlagen. Das nationale Leben des neuen Staates werde sich auf der nationalen Schule, die in die Schule der allgemeinen Wehrpflicht ausmünde, aufbauen.

Dr. Hugenbergs Ausführungen wurde am Schlusse minutenlanger Beifall aufgestellt.

Wahlaufruf der Deutschnationalen.

Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg erläßt zur Wahl einen Aufruf, in dem es heißt:

Parteistaat oder unabhängige Staatsführung, das ist die Frage, der die Entscheidung des 6. November gilt. Im Reiche haben wir eine von den Parteien unabhängige Regierung. In Preußen sind die schwarz-roten Machtgeber aus ihren Machtstellungen entfernt. Wollen wir aufzuhallen in die Zeit der Herrschaft der Roten und der Schwarzen oder wollen wir deren Parteiregime durch ein anderes Parteidikt erzeugen? Wer beide Dinge will, wer einen neuen auf den nationalen Gedanken aufbaut, aber vom Sozialismus freien Staat will, wer einen unabhängigen und starke Staatsführung für den Staat will, der kann nur die Deutschnationale Volkspartei wählen.

Hitlers schwerste Entscheidung.

Hannover, 8. November. In einer großen nationalsozialistischen Kundgebung sprach heute Adolf Hitler, der in seiner Rede die Gründe darlegte, die ihn veranlaßten, am

18. August das Angebot der Regierung, das Amt als Befehlshaber zu übernehmen, zurückzunehmen. Hitler bezeichnete diese Entscheidung als die schwerste seines Lebens. Die Regierung habe den Nationalsozialismus nicht verstanden, sondern ihn in einen Kampf gezwungen, den er niemals aufgeben würde, es sei denn, daß er sich zerstöre.

Der Standpunkt des Zentrums zur gegenwärtigen politischen Lage.

Der Generalsekretär der Zentrumspartei, Dr. Bockel, hielt in Hildesheim eine Rede, in der er den Standpunkt des Zentrums zur gegenwärtigen politischen Lage schilderte. Dr. Bockel betonte, daß in allen entscheidenden außenpolitischen Fragen nur ein Rückschritt festzustellen sei. Das Zentrum müsse erwarten, daß sich die Reichsregierung umgehend ernsthaft mit den Abrüstungsvorschlägen Herrnios auseinandersetze, weil in ihnen starke wehrpolitische Bedenken für Deutschland schlummerten, obwohl scheinbar Deutschland eine gewisse Gleichberechtigung erwartet werde. Die Reichsregierung, so betonte der Redner, die in dem grundfährlichen Kampf für die Abrüstung das ganze deutsche Volk hinter sich habe, habe es verabsäumt, diesen einheitlichen Willen Deutschlands klug anzusezen.

Zu den Verfassungsrechtlichen Fragen, fuhr der Redner fort, sei festzustellen, daß die Reichsregierung seit Monaten größere Formziele verfolge, das aber ein Erfolg für eine wirkliche gesetzliche, die Autorität des Staates sichernde Form von dieser Regierung nicht mehr durchgesetzt werden können. Die beiden konkreten Vorschläge, die der Reichsinnenminister in der Änderung des Artikels 54 und der Änderung des Wahlrechtes gemacht habe, seien bezeichnend für die Bruchstelle der Regierung.

In der Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Reichsregierung vermissen der Redner einen konsequenten Schutz für den Mittelstand. Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung lägen trotz aller gegenteiligen Beteuerungen viel mehr den großen Betrieben zugute als den kleineren und mittleren selbstständigen Unternehmern. Die Maßnahmen für die Landwirtschaft hätten dieser kleinen Vor teil gebracht, weil die Methode der Maßnahmen falsch gewesen sei. Das Zentrum müsse ferner die Mahnung an die Reichsregierung wiederholen, die öffentlichen Finanzen zu ordnen, weil diese Ordnung eine Grundlage der Voraussetzung auch für den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands sei. Die Belastungen, die die Regierung dem Volke habe auferlegen müssen, seien so schwarz der Redner, zu einseitig verteilt.

Kardinal Bertram (Breslau)

richtet namens der Erzbistum Breslau folgende Mahnung an die katholischen Wähler:

Die bevorstehenden Wahlen der Abgeordneten zum Reichstag sind nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch wegen des Einflusses der geistigenden und Regierungsgewalten auf Förderung und Schutz der religiösen Interessen und Stellung der Kirche im öffentlichen Leben von großer Bedeutung. Das legt allen katholischen Christen die vaterländische Pflicht auf, von ihrem Wahlrecht so Gebrauch zu machen, wie es der Verantwortung des treuen Staatsbürgers und treuen katholischen Christen entspricht.

Wählet Abgeordnete, deren Charakter und erprobte Haltung Zeugnis gibt von Ihrem Eintreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, vor dem Sie der konfessionellen Macht der katholischen Kirche und der protestantischen Kirche hütet. Euch vor Agitatoren und Parteien, die des Vertrauens des katholischen Volkes nicht wert sind. Schämt Eure Belehrung aus bewährten katholischen Büßttern.

Das ist die Mahnung Eurer Kirche, die nicht den politischen Parteidikt in das Heiligtum der Kirche tragen wollen, doch an Ereignissen, die für Vaterland und Kirche von so tiefer Bedeutung sind, nicht ohne ein Wort der Mahnung vorübergehen wollen.

Memel 1807.

Stücke von Alfred Hein.

„Sie leben erfrischt aus, Baron vom Stein, ich fürchte die ganze Zeit unserer Trennung um Ihre Gesundheit. Damals in Königsberg stand es böß' um Sie — und — darum — auch — um — Preußen. Ich hoffe zu Gott, daß dies für alle Zeit überwunden ist.“ Die Königin reichte dem wiederernannten Staatsminister die Hand.

„Eure Majestät, die Gesundheit meiner Seele ist auch meine körperliche. Wenn meine Frau hört, daß ich kaum vom Krankenlager aufgestanden, heute auf den Leuchtturm draußen am Haff gestiegen bin und dort über Nahrung und Meer in einen grauen, stürmischen Herbsthimmel so lange blinke, bis die Sonne doch durchblättert — sie würde erst schreien, dann aber in meine Augen sehen, um zu wissen, daß mich nur eines heilen kann: mich für Deutschland einzusezen mit der ganzen Kraft, die dann auch merkwürdigerweise ohne Krankheitsmücken da ist — wenn sie gebraucht wird.“

Die Königin lächelte: „Wir brauchen unsern Stein wie Broi. Preußen Schicksal ging stets aus tiefstem Abgrund aufwärts, wenn Sie es führten. Sie fehlten in Tilsit. Und Sie fehlten hier in Memel so lange, bis schließlich alle wieder an Ihr Geiste glaubten, an das ich, wie Sie wissen, immer geglaubt habe. Der König war schlecht beraten, als er Sie im Januar gehen ließ. Doch er ist der leiste, der einen Irrtum nicht sofort richtig stellt, wenn er überzeugt ist, dadurch dem Wohl des Landes zu dienen.“

Die Königin trat ans Fenster und sah in die Dämme, die trüge das Rathaus vorbei; seit fast einem Jahr war dies Rathaus der nordöstlichsten Stadt des Staates die königliche Residenz. „Zweihundvierzehntausend Mann wie dieser da unten“, die Königin wies auf den Posten vor dem Portal, „das ist von Friedrich gloriöser Arme gebüttet.“

„Eure Majestät, es kommt auf den Geist an, den wir diesen Soldaten geben. Weil es so wenige sind, müssen es die besten sein, die Preußen bestellt. Keine Söldner. Vertheidiger der eigenen, aus Herz gewachsenen Heimat! — Wenn die Arme die Hauptschlagader des Volkskörpers wird, empfängt sie vom ganzen Volk Impulse und gibt sie zurück.“

„Ein großer Gedanke. Zu neu für den König. Vorsichtig werde ich erst vortasten. Ist es so recht, lieber Baron?“

„Eure Majestät beschämen mich mit der Frage, ich danke Eurer Majestät — doch —“

„Nun, guter Freund?“

„Wenn das Volk keine slawischen Söldner, sondern freiwillige Vertheidiger des Vaterlandes stellen soll, dann muß es selbst frei sein. Ich habe Seiner Majestät dem König die Aufhebung der Leibbegewalt vorgeschlagen.“

„Dahinter sah ich wieder Ihre alte Tollkühnheit. Vorsichtig, Stein! Wenn doch Bevme schon weg wäre —“

„Bevme — bleibt? Seine Majestät versprach mir, ihn aus dem Ministerium zu entfernen.“

„Der König hält, was er verspricht. Aber es ist, glaube ich, auch in Ihrem — und in — Preußens Interesse, wenn der Geheime Kabinettssrat von Bevme, in dem viele im Volke wirklich noch immer den bedeutenden, die politischen Geschichte meisternden Mann seien, als den er sich selbst anzupreisen versteht, vorerst im Ministerium bleibt. Ein paar Wochen, Baron — haben Sie Geduld — hüten Sie Ihre Pläne solange! Es kommt der Tag, wo Sie sie verwirklichen können, dafür werde ich sorgen.“

Stein lächelte die schmale blonde Hand seiner Königin.

„Diese Hand vertrauensfach können, um Preußen an allen Enden zu helfen!“ flüsterte er.

Die Königin wehrte ab, Tränen kamen in ihre Stimme: „Lebt — Preußen — überhaupt noch, Baron?“

„Es lebt, solange Menschen leben, die an Preußen glauben. Obgleich dieser Glaube schwer fällt. Meine Reise von Nassau nach Memel war eine Folter. Die Marschälle von Frankreich haben mit einer wahnwitzig übermütigen Soldateska das Land in ihren Klauen: Hütten und Wälder stammten allsorten auf, sobald ein französisches Bataillon sie verließ, um ein neues Quartier zu beziehen. Und am tollsten treiben es nicht einmal die Franzosen, sondern — ach, es ist eine Schmach für jeden Deutschen . . .“

Die Königin ließ sich in dem Stuhl nieder, der am Fenster stand. „Ich weiß, die im Grunde unsres Blutes sind — die Rheinbundtruppen.“

„Erst diesesseits der Weichsel, hier in Ostpreußen, das man unbedingt liebt, weil es durch den Krieg ausgeflogen und gebrüderlich genug war — da wuchs wieder mein Glaube an Preußens innere Kraft. Hier wartet man schon auf den Tag, da es unter den alten Adlern wieder vorwärts geht.“

„Sie halten Napoleon für entscheidend besiegtbar?“

„Majestät — alles, was Ichsicht noch so rhumreich und unerschütterlich aufzubauen scheint, vernichtet diese gleiche Sicht. Der General Bonaparte, der für die Freiheit seiner Nation kämpfte, war unbefiebigbar; der Kaiser, der aus reinem Ehrgeiz die Welt zu beherrschten wünscht, wird stürzen.“

„Ist weiß ich erst, wie sehr ich auf Sie gewartet habe. Die Umgebung des Königs steht zwar in Napoleon den Feind, aber fast alle sprechen mit blinder Bewunderung von ihm; Sie halten ihn für unantastbar. Sie erblickten in Napoleon den Herrn des Schicksals Preußens und der Welt.“

„Aber ich habe den kleinen fetten Mann in Tilsit gesehen — er ist nervös und wagt seine Worte diplomatisch; er steht voller Unruhe. Sein eigenes Gewissen sagt nicht mehr ein unbedingtes Ja zu seinen Taten. Er ist zweifellos ein großer Feldherr, ein geschickter Regent. Aber er läßt sich nicht die Zeit, das Gute langsam reisen zu lassen, sondern peitscht sich weiter in eine immer mehr von Ungerechtigkeit und tyrannischem Trieb getragene Erobererstimmung hinein.“

„Er glaubte Preußen vernichtet und mit ihm seine Königin. Und er erschrik vor der ungebrochenen Hoyalität, die

In einem Wahlaufruf an die evang. Wähler

tritt der Christlich-soziale Volksdienst (evangelische Bewegung) für einen starken Volksstaat auf christlicher Grundlage ein. Er fordert Reform der Reichsverfassung mit dem Ziele:

Sicherung der Macht des Reichspräsidenten und Verhinderung des Missbrauchs des Misstrauensvotums. Schaffung einer ersten Kammer, die in ihrer Verfassung, die die Solidarität der Stände und Berufe garantieren muß, ein notwendiges Gegengewicht gegen den aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstag bildet; eine Reichsreform, die das Gegeneinander von Preußen und Reichsregierung befeitiert, die das Eigenleben der Landschaften fördert und die Reichseinheit stärkt.

Zur Behebung der Wirtschaftskrisis ruft der Christlich-soziale Volksdienst alle evangelischen Volksgenossen auf, mit ihm den Kampf zu führen unter der Fassung: Einer trage des andern Last! Nur durch Neuerung der Gelösung ist Überwindung der Wirtschaftskrisis möglich.

Außenpolitisch fordert der Volksdienst eine klare entschlossene, zielsbewußte Fortsetzung der Befreiungspolitik, deren Oberer der Volksdienst, wie keine andere Gruppe, in der Vergangenheit bejaht hat. Rettlose Befestigung der Tribut, Wiederherstellung der Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiet der Wehrfrage, Widerruf der Kriegsschulübung, Korrektur der Ostgrenze und Anerkennung des Rechts Deutschlands auf Kolonien sind die Ziele deutscher Freiheitspolitik.

Auf dem Gebiet des kulturellen Lebens bekämpft der Volksdienst die zerstörende Wirkung einer falschen Freiheit der Persönlichkeit und ihres Wirkens in Kunst und Wissenschaft, Presse und Literatur.

Er fordert vom Staat, daß er den gestaltenden Kräften evangelischen Glaubens Raum schafft und einen scharfen Kampf gegen Schund und Schmutz, gegen die öffentliche Sittenlosigkeit und den Alkoholmissbrauch führt.

Der Volksdienst sieht es als seine besondere Aufgabe an, die Kräfte lebendigen evangelischen Glaubens in Politik und Wirtschaft wirksam werden zu lassen. Er will darüber hinaus mit den im evangelischen Volk vorhandenen Kräften durch Bildung einer deutlich-evangelischen Volksfront die Voraussetzung schaffen für die Sicherung und Stärkung der Stellung des evangelischen Volkes im deutschen Staat.

Im Wahlaufruf der Radikaldemokratischen Partei heißt es u. a.:

Die Radikaldemokratische Partei kämpft für die zweite Republik, die wirkliche demokratische Republik, die uns bisher nur immer veriprochen wurde. Sie kämpft für Volksverbindung, Pazifismus und Abrüstung, für sozialen Aufbau und kulturellen Fortschritt. Sie geht zum ersten Male in fast sämtlichen Wahlkreisen in die Wahl. Jede Stimme für sie wird zur Auswirkung kommen, da alle nicht zu einem Mandat ausreichenden Stimmen der Reichsliste der SPD. zugeführt werden.

Keine Stimme darf der großen republikanischen Sache versoren geben. Wer Splitter wählt, wählt Reaktion, wer Radikaldemokraten wählt, wählt Republik!

Schwerer Raubüberfall auf Kassenboten.

Göttingen, 8. November. Nur wenige Minuten nach dem Verhandlungsende wurde eine ein schwerer Raubüberfall verübt. Dem 18-jährigen Kassenboten Heinz der Göttinger Gewerbebank wurde von zwei Motorradfahrern seine Attentatsche mit 5000 RM Silbergeld entstießen. Seine Seite zur Wehr, mußte sich aber, als die Räuber auf ihn stießen, zu Boden werfen. Er wurde nicht verletzt. Ein hinzuspringender Passant wurde gleichfalls von den Tätern angegriffen. Die Täter konnten mit ihrem Motorrad die Flucht ergreifen. Die Räuber schossen dauernd auf ihre Verfolger und entkamen.

ihm in Eurer erhabenen Majestät entgegentrat.“ Stein sah die Königin bewundernd an.

„Ach, lieber Freund — es war schwer, die Hoyalität in einem Augenblick tiefster Demütigung zu bewahren, in dem ich den König von seinem besten Minister verlassen mußte. Aber lassen wir die Vergangenheit! Sie sind wieder da. Auf dem Leuchtturm am Haff haben Sie gestanden? Die Nebrung entlang gesehen, über die unser Schleiter in Nacht und Schneesturm dahinslog. Aber mir ging es ebenso wie Ihnen, Baron — gerade damals fühlte ich ein inneres Nachsinnung entgegen blinke und wir wirklich zwar an der Grenze des Landes, aber doch noch in unserem Lande eine Wohntat fanden, in der wir unsere unveräußerlichen Gefühle wieder aufrichteten, die allein in der Heimat wurzeln können — da dachte ich eines: Gott ließ zu, daß wir nicht ganz vernichtet wurden, wir sollten nur durch die Demütigung zur Selbstbestimmung geführt werden.“

„Majestät, es wird Zeit, daß dieser Gedanke nicht nur Gedanke bleibt.“

„Die Zeit mit der entscheidenden Tat zu erfüllen, dazu bin ich nicht groß und klug genug. Aber Sie haben ja die Tat schon bereit. Ich vertraue auf Ihren Geist und Ihre Kraft. Der König kommt! Seien Sie sparsam mit Worten!“

Der König trat unangemeldet ins Zimmer, schritt an Stein vorbei, als wäre er nicht da, und sah Luisa mit seinen immer ein wenig unsicher dreinschauenden Augen an. „Wird auch nicht helfen können, daß wir den Baron vom Stein zurückholen“, sagte er zu Luisa. „Preußen erlebt unter meiner Regierung nur Unglück; nichts zu retten. Wie fanden Sie meine Lande jenseits der Weichsel?“ wandte sich der König jäh zu Stein um. Luisa hob den Finger zum Mund.

„Die Unterdrückungen der französischen Armee sind schwer, aber das Volk hofft auf seinen König.“

„Hofft — hofft — wo ist der Weg zu der Hoffnung? Oder wollen Sie schon wieder rebellieren? Nichts davon! Habe Friede geschlossen. Sind Napoleons Verbündete. Verstanden?“

Der Freiherr vom Stein verneigte sich stumm. Er fing einen dankbaren Blick der Königin auf. Luisa lächelte, als sie mit dem König zur Tür hinausdrückte.

„Erwartete Sie morgen im Kabinett. Habe Ihre Denkschrift geprüft. Hält sich im Rahmen des Möglichen. Komm, Luisa!“ Doch die Königin blieb stehen und sah Friedrich Wilhelm groß an. „Er wird uns alle wieder aufrichten“, sagte sie und wies auf Stein.

„Die Königin hat Vertrauen zu Ihnen, Stein. Werde es auch haben. Aber keine Rebellionen!“ Der König reichte Stein die Hand.

„Keine Rebellionen!“ lächelte die Königin.

2. Beilage zum Grünberger Wochenblatt No. 260.

Freitag, den 4. November 1932.

Schlesische Sprengstoff-Attentate vor dem Sondergericht

Der Bombenanschlag von Reichenbach.

Vor dem Sondergericht in Schweidnitz begann am Donnerstag bekanntlich der erste Prozeß wegen der Sprengstoffattentate, die Anfang August d. J. in den Kreisen Reichenbach und Nippitz verübt wurden. Es steht zunächst der Bombenanschlag auf den sozialdemokratischen Redakteur Paeschke zur Verhandlung. Angeklagt sind 8 SA- und SS-Leute, unter ihnen der Gruppenführer der schlesischen SA, Edmund Heines, wegen Begünstigung.

Zunächst wurde der Angeklagte Kraftwagenführer Polomski vernommen, der aussagte, daß er überhaupt nicht bei der Begehung der Straftat zugegen gewesen sei. Er schilderte dann, wie er am 6. August von Breslau nach Reichenbach einen Erfahrungsbericht bringen mußte. Als er mit einem Auftrag von Reichenbach nach Schweidnitz fuhr, sei Jaehnke — der bei dem Attentat auf Paeschke durch die vorauszeitig in seiner Hand explodierende Handgranate getötet worden ist — mit einem zweiten Mann aus Schweidnitz nach Reichenbach zurückgekehrt. Er habe gesehen, wie Jaehnke (nachdem Redakteur Paeschke mit zwei anderen Herren herangekommen waren) die Bombe in der Nähe des Friedhofs in der Mitte der Straße abgelegt und zur Entzündung gebracht habe. Nach der Explosion habe er dann Stöhnen gehört und sich sofort gefragt, Jaehnke sei selbst zerstört worden. Er sei darauf mit dem Mitangeklagten, dem SS-Mann Wagner, nach Breslau geflohen, wo er sich dem Gruppenführer Heines offenbar, der ihn dann auf seinen besonderen Wunsch später nach Fürstenstein zur Erholung verschickt habe.

Nach der sehr eingehenden Vernehmung des ersten Angeklagten wurde der SS-Mann Wagner vernommen, dessen Bekundungen teilweise im Gegensatz zu denen des ersten Angeklagten stehen. Wagner berichtete, daß er am Nachmittag des 8. August in einem Reichenbacher Café zusammen mit Kameraden gesessen habe und daß dort bereits davon gesprochen worden sei, daß am Abend ein Bombenattentat gegen die Synagoge in Reichenbach verübt werden sollte. Man habe nicht die Absicht gehabt, etwas zu zerstören, sondern lediglich einigen Leuten einen Schreck einzufügen wollen. Als er gemerkt habe, daß Jaehnke von der geplatzten Bombe getroffen worden sei, habe er sich in den bereitstehenden Kraftwagen gestürzt und sei zusammen mit Polomski nach Breslau geflüchtet, wo er bei seinen Eltern übernachtete. Am Tage darauf sei er zum Gruppenführer Heines gegangen, aber nicht, um mit ihm über die Vorfälle in Reichenbach zu sprechen, sondern lediglich deshalb, weil dieser ihm eine Anstellung im Brauerei-Hause versprochen habe. Er sei dann zusammen mit dem Kraftwagenführer Polomski nach Fürstenstein geflohen, wo er mit dem SA-Führer von Übernitz zusammengekommen sei, der ihm berichtet habe, daß gegen ihn, Wagner, ein Haftbefehl schwende. Daraufhin habe er sich entzlofen, sofort mit von Übernitz im Kraftwagen nach Reichenbach zurückgefahren und sich dort selbst der Polizei zu stellen.

Der Vorsitzende wies den Angeklagten darauf hin, daß seine letzige Aussage teilweise in recht erheblichem Widerspruch zu den Aussagen der Voruntersuchung ständen. Der Angeklagte blieb dabei, daß die letzige Darstellung richtig sei und daß er im übrigen in der Voruntersuchung stets unter einem gewissen Druck der Beamten gestanden habe.

Als dritter Angeklagter wurde der SA-Mann Wölter vernommen, der zwar zugab, in Schweidnitz mit Jaehnke zusammengetroffen zu sein, aber erklärte, sich hier schon wieder von ihm getrennt und weder den Kraftwagen von Reichenbach noch von Schweidnitz noch von Schweidnitz nach Reichenbach benutzt zu haben. Er bestreitet auch, bei Jaehnke eine Bombe oder selbst ein Paket gesehen zu haben.

Auf Veranlassung des Verteidigers Luetgebrune wurde an den Angeklagten Polomski die Frage gerichtet, wie die Protokolle auszutragen waren, in denen er die umfangreichen Geständnisse abgelegt habe. Der Angeklagte behauptete hierzu, daß er im Laufe der kriminalpolizeilichen Vernehmung den Eindruck hatte, daß die Polizeibeamten alles von einer anderen Stelle wußten. Er habe dann schließlich unter dem Druck der Vernehmung zugegeben, daß die Vorhaltungen möglicherweise stimmen könnten. Einer der Polizeibeamten habe sich ihm gegenüber sogar als ein Freund der NSDAP ausgegeben, dem er alles vertrauen könne, weil der Bewegung geholfen werden sollte.

Der angeklagte Gruppenführer Heines betonte, er habe den Befehl an jeden Sturm gegeben, daß er ihn auf-

lösen werde, wenn er sich nicht gegen Terrorakte wehren würde. Von dem Reichenbacher Vorgang habe er lediglich durch die Presse, ganz kurz auch aus einem Gespräch mit Polomski, erfahren. Näheres darüber könne er jedoch nicht sagen, er wisse nur noch, daß er das Gefühl hatte, da stimme etwas nicht. Er habe auch ausdrücklich gegenüber der Mutter Polomskis darauf hingewiesen, daß er für ihren Sohn nichts unternehmen könne, um sich nicht der Begünstigung schuldig zu machen. Er habe lediglich für die Mutter, da diese in Not war, ein Darlehen von 150 RM. ausgezahlt.

Auch Stabsführer Savan, der als letzter Angeklagter gehört wurde, machte im wesentlichen Aussagen, die sich mit den Bekundungen des Gruppenführers Heines decken.

Die Beweisaufnahme begann mit der Vernehmung des Nebenklägers, Redakteur Paeschke, der eine kurze Schilddung gab, daß er sich am Abend des 8. August im Café Monopol aufgehalten und später auf der Trenkstraße promeniert hätte. Er entstammt sich nur, daß an ihm ein Auto vorbeigefahren sei und kurze Zeit darauf eine starke Detonation ertönte. Er habe ursprünglich nicht geglaubt, daß ihm irgend ein Anschlag galt. Erst ein starker Lärm und das Jammern eines verletzten Menschen ließ ihn hinzurollen und später zu der Feststellung kommen, daß der Anschlag ihm gegeben habe.

Im Anschluß an diese Vernehmung wird Kreismediävalrat von Leiva über den Leichenfund vernommen. Der Sachverständige schilderte, daß die rechte Hand des Jaehnke abgerissen und durch ein eingedrungenes Metallstück die rechte Lungenseite sowie die Leber zerrissen war, der Tod trat schließlich durch starken Blutverlust ein.

Im Anschluß an die Verlesung eines Drohbriefes, den Paeschke von einem Angeklagten erhalten hat, kam es zu einer schweren Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und dem Angeklagten Heines einerseits und dem Nebenkläger sowie dessen Anwalt andererseits.

Als letzter Zeuge des ersten Verhandlungstages wurde Kriminalkommissar Jakendorf vernommen, der den Angeklagten Polomski in Reichenbacht verhaftete.

Nach 7 Uhr wurde die Verhandlung unterbrochen und auf Freitag 9 Uhr vertagt.



Gruppenführer Heines.

Brandgefäß in SPD.-Versammlung geworfen.

Altona, 3. November. Kurz vor Beginn einer SPD.-Kundgebung in Klein-Flottbek wurde am Mittwoch abend durch ein Fenster des Versammlungslokals von unbekannten Tätern ein fügelörmiges Sollgefäß mit brennendem Leier auf das Podium geschleudert. Das Feuer konnte im Entstehen gelöscht werden.

Schüsse auf Nationalsozialisten — ein Toter.

Duisburg, 4. November. In der Nacht zum Donnerstag wurden in Meiderich von einer Bahnübersetzung aus mehrere von einer Versammlung heimkehrende Nationalsozialisten von bisher unbekannten Personen beschossen. Der 18jährige Heinrich Hammacher aus Meiderich wurde durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzt. Zwei angeschossen an dem Ueberfall Beteiligte wurden festgenommen.

Duisburg, 4. November. Der bei dem Feuerüberfall auf Nationalsozialisten in Meiderich durch einen Kopfschuß verletzte Heinrich Hammacher ist am Donnerstag nachmittag im Krankenhaus gestorben.

Illegaler Selbsthilfe kommunistischer Erwerbsloser.

Talde (Harz), 3. November. Der hiesige Magistrat hatte einen Antrag der Erwerbslosen auf Ueberlassung von Brennstoff abgelehnt. Darauf stellten die Erwerbslosen dem Magistrat ein Ultimatum, in dem sie ankündigten, daß, falls nicht zu Anfang der Woche das verlangte Brennmaterial bewilligt würde, ein Gemeindewald abgeholzt werden würde. Der Ankündigung folgte die Tat. Heute morgen zogen etwa 100 Erwerbslose in den Gemeindewald und begannen mit dem Abholzen der Bäume. Als die Polizei eintraf, waren bereits 25 starke Bäume umgelegt. Der Rädelshüter, ein Kommunist, wurde verhaftet. Gegen 30 weitere Personen wird das Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet

werden. Nach diesem Vorfall kam es in der Stadt mehrfach zu Zusammenstößen, die aber bald zerstreut werden konnten.

Eine Erklärung des Bundes Oberland.

München, 3. November. Der Bund Oberland e. V. teilt mit: In Versammlungen und Zeitungen der KPD. behauptet Hauptmann a. D. Bepo Römer, der Bund Oberland sei eine kommunistische Organisation geworden. Demgegenüber stellt der Bund Oberland e. V., die Vereinigung der Oberhessentäpfer des Kreiförps Oberland fest, daß er weder mit der KPD. noch mit anderen kommunistischen Organisationen irgend etwas zu tun hat. Die Oberländer, vor allem die schlesischen Kameraden, vermehren sich auf das Entschiedenste gegen eine derartige Verdächtigung. Der Bund Oberland ist und bleibt, was er immer war, ein Wehrverband auf überparteilicher, rein nationaler Grundlage.

Die „Welt am Abend“ verboten. Die der kommunistischen Partei nahestehende „Welt am Abend“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten wegen ihrer Stellungnahme zum Verkehrsstreik bis zum 12. November verboten worden.

Auch die „Rote Fahne“ verboten. Außer der „Welt am Abend“ hat der Polizeipräsident nun auch die „Rote Fahne“ bis zum 12. November wegen Auflösung zum Ungehorsam gegen Gelege und wegen vorbereiteter Handlung zum Hochverrat verboten. — Die Notationsmaschine der „Roten Fahne“, die unter bestimmten Bedingungen freigegeben worden war, ist wieder beschlagnahmt worden, weil die City-Drucker, die Eigentümerin der Maschine, gegen die vom Richter gegebenen Anweisungen verstoßen hat.

Die Arbeit im Danziger Zeitungs- und Buchdruckerei gewerbe ist gestern wieder voll aufgenommen worden.

Der Reichsinnenminister auf einer Gustav-Adolf-Kundgebung.

Die Gustav-Adolf-Vereine der westlichen Vororte Berlins veranstalteten in Gemeinschaft mit dem Evangelischen Bund eine große evangelische Kundgebung zur Erinnerung an den 300. Todestag des großen Schwedenkönigs.

Auf dieser Kundgebung hielt Reichsinnenminister Freiherr von Gail eine Ansprache, in der er nach eingehender Würdigung der großen Verdienste des Gustav-Adolf-Vereins um die evangelische Sache unter Hinweis auf die Persönlichkeit des großen Schwedenkönigs betonte, daß Männer die Geschichte machen, die sich rückhaltlos einsetzen für das als richtig erkannte Ziel bis zum Einstag ihres Lebens. Alle wirklich großen Führer eines Volkes oder einer Glaubensgemeinschaft sind Gottes Werkzeuge gewesen, gleichviel, ob sie sich dessen bewußt waren oder nicht.

Der Minister erklärte weiter, wir tragen wohl von allen Völkern dauernd die schwerste Last, weil für unser deutsches Volk zu den sozialen Gegensätzen, die in aller Welt fühlbar sind, noch die Bürde hinzukommt, die uns die befreimäßige Trennung aufgelegt. Ob wir Katholiken oder Protestanten sind, keiner von uns will und soll seine Glaubensüberzeugung aufgeben. Mit der Tatsache der Trennung haben wir dauernd in Deutschland zu rechnen. Aber wir sind und bleiben deswegen doch ein Volk. Uns verbindet nicht nur das deutsche Blut, die deutsche Sprache und die zwangsläufige Verbundenheit zu einem im mitteleuropäischen Raum stets von allen Seiten angefeindeten Volk, sondern auch das gemeinsame Band christlichen Denkens und Fühlens.

Deutschland und Christentum sind nicht mehr voneinander zu trennen. Wir müssen einen christlichen Staat bilden, wenn wir der seelischen Not unserer Zeit Herr bleiben wollen. In ihm müssen Protestanten und Katholiken sich finden auf gemeinsamer Grundlage und von ihr aus den gemeinsamen Marchen antreten zum Kampf um die Zukunft unseres Volkes, in dem wir uns gemeinsam sagen müssen: „Ich will es vollbringen oder sterben!“ Jedem Befreimäßigen das volle Recht und das Seine, aber in der Not unserer Zeit ein gemeinsames Ziel und ein einheitlicher Wille! Es geht eine tiefe Sehnsucht durch Deutschland, nicht allein nach Besserung der materiellen Lage, sondern fast mehr noch nach einem Leben in lebendigem Glauben, unsere Jugend schreit nach der Möglichkeit erfolgreichen Dienens an der Allgemeinheit, nach einem inneren Verhältnis zum deutschen Staat. Vördern wir diese lebendigen seelischen Kräfte, helfen wir ihnen zum Durchbruch, jeder in seinem Wirkungskreis, dann, aber nur dann wird wieder die alte Devise Wahrheit werden: „Gott mit uns!“

Nach dem Reichsinnenminister sprach Probst und Domprediger Dr. Dr. Doebring. Er führte aus, daß Gustav Adolf Rom die Bewege entzogen habe, die es schon in Händen zu haben glaubte. Die skandinavischen Germanen hätten also, um mit Dr. Dr. Höhner zu reden, ihren vollen Anteil an den entzogenen Bewegungen der abendländischen Geschichte genommen. Gustav Adolf habe die Reformation sehr gut verstanden, für die aufgeworfene Einheit von Gläubigen angetreten.

Zahlen vom Krieg und seinen Opfern.

9 Millionen Tote — 21 Millionen Verwundete.

18 Millionen Deutsche waren in den Jahren 1914 bis 1918 zum Heeresdienst einberufen.

Von ihnen starben und wurden getötet 1 885 291 blühende Menschen!

170 000 bis heute vermisste Heeresangehörige kommen hinzu, so daß die Zahl der Kriegstoten rund zwei Millionen beträgt.

Dabei handelt es sich nur um die Opfer, die im Felde, vor dem Feind gefallen sind. Keine Statistik verrät, wie groß die Zahl derer ist, die als mittelbare Opfer des Weltkrieges gestorben sind.

Die Zahl der im Weltkrieg verwundeten Heeresangehörigen wird mit 4 248 151 angegeben.

Mit diesen Zahlen steht Deutschland unter den kriegsführenden Völkern an zweiter Stelle. Von den 80 Millionen Menschen, die während des Krieges unter Waffen standen, hatten die einzelnen Länder folgende Verluste:

	Tote	Verwundete
Rußland	2 250 000	5 780 000
Deutschland	1 885 291	4 248 151
Frankreich	1 350 000	4 940 000
Österreich-Ungarn	1 000 000	2 000 000
Großbritannien	870 000	2 100 000
Italien	800 000	1 000 000
Türkei	800 000	600 000
Rumänien	159 000	150 000
Serbien	120 000	160 000

Die übrigen kriegsführenden Länder folgen mit weniger als 100 000 Toten. Insgesamt wird die Zahl der Toten des Weltkrieges mit 8 782 000, die Zahl der Verwundeten mit 20 815 000 Menschen angegeben.

Deutsche Gefallenen-Gedenkfeier in Paris.

Paris, 2. November. Auf dem deutschen Soldatenfriedhof von Ivry bei Paris hatten sich heute wieder, wie alljährlich, viele Mitglieder der deutschen Kolonie in Paris versammelt, um der im Kriege gefallenen deutschen Soldaten zu gedenken. Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat Dr. Forster, erklärte in seiner Ansprache den Gedanken echter Vaterlandsliebe und erinnerte im Goethe-Jahr 1932 an das Bild der großen deutschen Dichterpersönlichkeit, die ewige Menschheitswerte verschafft hätte. Im weiteren Verlauf der Rede ging er auf die Kriegsgräberfürsorge in Frankreich ein.

Die Vertreter der Reichsregierung bei der 300-Jahr-Feier der Schlacht von Lübeck.

Berlin, 3. November. Die Reichsregierung läßt sich bei der 300-Jahr-Feier der Schlacht bei Lübeck am kommenden Sonntag durch den Regierungspräsidenten Dr. Sommer in Merseburg vertreten. Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen von Schweden ist für die Dauer seiner Anwesenheit in Leipzig und Lübeck als Vertreter des Auswärtigen Amtes der Leiter der Gruppe Nord, Geheimrat von Schack, zugeteilt worden.

Aus dem Kreise Grünberg.

w. **Lausitz**, 3. November. Der Krieger- und Militärverein Lausitz und Woitschke hielten bei Flemming seinen Appell ab. Vom Bericht vom 60. Stiftungsfest war ein kleiner Überschuss zu verzeichnen. Für eine Unfallsache trat die Haftpflichtversicherung ein. Das Mitbemühungrecht am Schießstand wurde dem Radfahrer-Turnverein "Wanderer" Lausitz zugestanden. In jedem Fall behält jedoch der Kriegerverein das Vorrecht. Der Generalappell ist am 8. Januar 1938 bei Kamerad Räßiger, verbunden mit Wintervergnügen innerhalb des Vereins. Um den Schießsport zu pflegen, soll im nächsten Sommer wieder Entsprechendes veranstaltet werden. Am 2. Stiftungsfest mit Fahnenweihe des Vereins ehem. Pioniere, Nachrichten- und Verkehrstruppen in Grünberg wird der Verein mit Fahne teilnehmen.

I. Günthersdorf, 3. November. Hohes Alter. Heute feierte Frau Pauline Schäfer hierselbst ihren 80. Geburtstag.

× Freystadt, 3. November. Für die Winterhilfe hat der Baterländische Frauenverein zu einer öffentlichen Kleider- sammung in der Stadt aufgerufen. — Der Arbeiter- und Kraftfahrerbund hielt am Dienstag seine Generalver- sammlung ab. Neuaufnahmen folgte der Jahres- und Kassen- bericht. Die Mitgliederzahl beträgt 3. Drei Mitglieder er- hielten für rege Beteiligung an Ausfahrten Preise. Sodann wurde der Sportbericht erstattet. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. — Der Diebstahl in der Amtsgerichts- kasse. Der früher beim hiesigen Amtsgericht in der Kasse be- schäftigte Justizangestellte R. stand jetzt vor der Großen Strafkammer in Glogau unter der Anklage des fortgesetzten Diebstahls und der Urkundenfälschung. Er hatte fortgesetzt Kostenmarken in Höhe von 560 RM. eingezahlte Gerichts- kosten im Betrage von 398 RM. sowie, als er sich entdeckt fühlte, einen Fünfzigmarkschein entwendet. Zu seiner Ver- teidigung machte er ungenügende Kontrolle geltend, durch die ihm seine Straftaten besonders leicht gemacht worden seien. Im übrigen behauptete er, in Not gewesen zu sein, da sein Gehalt nicht ausgereicht hätte. Die Große Strafkammer ver- urteilte ihn wegen Diebstahls zu 1 Jahr Gefängnis

ii. Neustadt, 8. November. Sprechtag des Landrats.
Der von Landrat Dr. Erklenz hier selbst abgehaltene Sprechtag war sehr rege besucht. Der Landrat wird auch in Zukunft an jedem 2. Freitag im Monat hier selbst im Magistratzimmer einen Sprechtag abhalten.

= Reuselz, 3. November. Ein Einbruch wurde in die Herberge zur Heimat verübt. Allerlei Gegenstände wurden gestohlen. Die Täter konnten ermittelt werden, es sind drei Handwerkshäuschen.

-1- Nittritz, 9. November, Wahlversammlung. In gestern stattgehabter SPD-Versammlung sprach Herr Hubert Schöpke über das Thema: „Nicht Papenkurs, nicht drittes Reich, nur Sozialismus“, im Anschluß Gauleiter Niedenführ. Die Versammlung war gut besucht. — -2- Ein schweres Exemplar. Ein hiesiger Landwirt fand bei der Ernte auf seinem Wiesenfleck eine Münzfräse im Refordämmchen von 1216. RRS

K. Pirnig, 3. November. **Landwirtschaftliches.** Infolge der günstigen Witterung der letzten Zeit hat sich der bisher

-p- Saabor, 3. November. Um die brennende Frage: Entwässerung oder nicht? zu einem Abschluß zu bringen, hatte Landrat Dr. Erdelen zu Donnerstag vormittag eine abermalige Versammlung der Interessenten in das Schützenhaus einberufen. Er gab die ent sprechenden Bestimmungen

Die Jungdeutschen fordern eine Million neuer Bauernhöfe.

Beseitigung der Arbeitslosigkeit vom Boden her

In einer großen jungdeutschen Kundgebung sprach dieser Tag der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens in Dresden über den „Großen Plan“, den er vorbereitet und durch dessen Durchführung die Arbeitslosigkeit beseitigt werden soll.

Ma h r a u n ging aus vom gegenwärtigen Zustand, der bezeichnet wird durch den Bruderkrieg der Parteien. Zwei Abschnitte des nationalen Befreiungskampfes — so führte er aus — seien jetzt vorübergegangen. Der erste Abschnitt sei

der des Putschismus gewesen. Er habe geendet am 9. November 1923 mit dem Hitler-Putsch. Als der Glaube an das Wunder der Waffen zerriß, sei der Glaube an das Wunder des Stimmzettels gekommen. Der 6. November 1932 werde den Beweis erbringen, daß auch der Abschnitt des Stimmzettel-Revolution ohne Ergebnis vorbeigegangen sei, weil es keiner Partei gelingen werde, 51 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen. Der Sinn des neuen Abschnittes im Kampf um die nationale Befreiung sei der, daß vom 6. November ab der Ideenkampf beginne. Es werde ein Nationalismus beginnen, der ohne Staatsgedanke undenkbar sei. Der neue Staatsgedanke werde im Bekenntnis der nationalen Ordnung des deutschen Raumes und des deutschen Menschen gipfeln. Zwei Kernprobleme seien es, die diesen neuen Kampfabschnitt beherrschen würden: die Beisetzung der Arbeitslosigkeit und der Neubau des Staates. Die Arbeitslosigkeit könne und werde beseitigt werden, wenn eine Neuordnung des deutschen Raumes durchgeführt werde. Die Menschen, die die Maschine vertrieben habe, müsse die deutsche Scholle aufnehmen. Die Arbeitslosigkeit könne nur vom Boden her beseitigt werden. Deshalb forderten die Jung-

deutschen die Schaffung einer Million neuer Bauernstellen. Die näheren Einzelheiten zu dieser Forderung seien in dem Plan niedergelegt, den er der Öffentlichkeit nach der Wahl zur Prüfung übergeben werde. Die Umwandlung des Freiwilligen Arbeitsdienstes zur Volksdienstpflicht sei die Voraussetzung zur Durchführung dieses Werkes. Wie im Kriege das Volksschrein den äuferen Feind bekämpfte, so solle jetzt im Frieden der Volksdienst die Armee sein, die die Not angreife. Es gelte, das Siedlungswerk vorzubereiten, es gelte, 8 Millionen Hektar Död- und Unland, Moore usw. zu kultivieren.

Die wirtschaftliche Forderung nach einer Neuordnung des Raumes gehe parallel mit der staatspolitischen Forderung nach einer Neuordnung der Menschen. Es liege nicht an den deutschen Menschen, wenn die politische Entwicklung uns bis an den Abgrund geführt habe. Der Fehler liege vielmehr an der Ordnung der Menschen. Die Organisierung der Wähler nach Interessengrundsätzen und Interessenhausen führe zur Herrschaft der Gegenseite. Kein Staat könne aber auf Gegenseite aufgebaut werden. Deshalb müsse eine neue organische Verfassung geschaffen werden, die die deutschen Menschen wieder zusammenführe. Der Kampfruf „Kort mit den Parteien!“ sei heute in den Mittelpunkt gerückt. An Stelle der liberalen Einteilung nach Parteien müsse die feldgraue Ordnung treten. Wie diese feldgraue Ordnung auf das Staatsleben übertragen werden könne, sei im Jungdeutschen Manifest niedergelegt worden.

Nicht endenwollender Beifall dankte dem Redner für seine Ausführungen.

Aus anderen Kreisen Schlesiens.

Liegnitz, 3. November. **Lichtwoche.** Der Verkehrsverein plant in Anlehnung an die in verschiedenen niederschlesischen Städten abgehaltenen „Glückstage“ eine Veranstaltung unter dem Werbetitel „Liegnitzer Lichtwoche“, die vom 28. November bis 4. Dezember durchgeführt werden soll. Der Anreiz zum Kauf soll nicht durch Lose, sondern durch ein GutscheinSystem gegeben werden. Eine zweite wichtige Frage ist die Vereinbarung mit dem Elektrizitätswerk als Stromlieferanten, das jedoch nicht der Hauptbegünstigte sein soll.

Landeshut, 3. November. Prof. Dr. Bernhard Nocht
75 Jahre. Der aus Landeshut gebürtige Professor Dr. Bernhard Nocht, der Begründer und langjährige Leiter des Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg, kann am 4. November seinen 75. Geburtstag feiern. Er stand von 1900 bis 1930 an der Spitze dieses Instituts, das auf dem Gebiet der Bekämpfung der Tropenkrankheiten außerordentlich segensreich gewirkt hat.

Hermsdorf a. R., 3. November. **Burgführer Maywald** vom **Kynast** wird am 5. November 80 Jahre alt. Weitesten Kreisen ist er durch seine Führungen durch die Burg, durch seinen urwüchsigen Humor dabei, aber auch durch seine Rolle im **Kunstspiel** (man erinnert sich an die Worte in diesem Spiel: „Lebt der alte Maywald noch?“ — „Ja, er lebet noch!“) bekannt geworden.

Lebanon, 3. November. Brandstiftung einer Frau aus wirtschaftlicher Verzweiflung. In der vergangenen Nacht wurden unter dem Verdacht, Brand bei dem Maurer und Landwirt Stelzig in Nieder-Brand am vergangenen Sonnabend angelegt zu haben, dessen Frau und der 20jährige Sohn Erwin verhaftet und in das Görlitzer Polizeigefängnis eingeliefert. Beide wurden noch während der Nacht einem eingehenden Verhör unterzogen. Nach hartnäckigem Beugnen legte Frau Stelzig heute ein eingehendes Geständnis ab, daß sie etwa eine halbe Stunde vor dem Schlaflengehen den Brand mittels einer Zigarre, die sie im Ofen zum Glümmen brachte und dann in der Scheune in das Roggenstroh stiecke, angelegt habe. Sie habe die Tat aus wirtschaftlicher Verzweiflung begangen, da sie nicht mehr wußte, wo sie die Binsen und sonstigen Ausgaben hernehmen sollte. Dem Sohn konnte keine Beihilfe bei der Tat nachgewiesen werden. Landwirt Stelzig, der sich seit Tagen außerhalb auf Arbeit befand, kommt für den Verdacht der Brandstiftung nicht in Frage. Bei dem Brande hat das Steinarbeiterehepaar Paul Werner schwere Brandwunden und Rauchvergiftungen erlitten, an deren Folgen der Chemann gestorben ist, während Frau Werner noch mit Brandwunden und Lungenentzündung im Krankenhaus liegt. Außerdem hatte die dreijährige Tochter der Werner'schen Eheleute durch den Brand schweren Augenschaden erlitten, so daß dem Kind Erblindung droht.

Görlitz, 8. November. Todesprung von der Teufelsbrücke. Ein bis jetzt unbekannter junger Mann sprang in selbstmörderischer Absicht von der Teufelsbrücke auf das Gleis der Strecke Görlitz-Zittau hinab. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Reichenbach (Eule), 8. November. Der Zusammenbruch des Bankhauses Hoffmann, durch den vor allem kleine Handwerker, Gewerbetreibende und Landwirte in den wirtschaftlichen Ruin getrieben wurden, wird gegenwärtig in Berufungsverhandlung vor der Schweidnitzer Großen Strafkammer ernst aufgerollt. Die Angeklagten bestreiten sämtlich, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben und wälzen alle Schuld auf den freiwillig aus dem Leben geschiedenen Walter Hoffmann, den Hauptinhaber des Bankgeschäfts, ab. Noch heute lastet der Zusammenbruch des Bankhauses auf dem Mittelstand in den Kreisen Reichenbach und Nimptsch. Wie die erste Hauptverhandlung ergab, ist der Ruin weniger auf die schlechte Wirtschaftslage, sondern in größerem Maße auf die eigenartige Geschäftsführung zurückzuführen. Nach der Verhandlung vor dem Erweiterten Schöffengericht wurden wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankerott, zum Depotverbrechen und zur Untreue verurteilt: Karl Hoffmann zu 1 Jahr, Prokurst Scholz zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis, Bläsig zu 4 und Berthold Hoffmann zu 1 Monat Gefängnis sowie Lehtgenannter noch zu 150 RM. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil hatten teils die Angeklagten, teils die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Das neue Urteil ist noch nicht endgültig, am Samstagabend zu erwarten.

Waldbenburg, 3. November. Förderung und Absatz des niederschlesischen Steinkohlenreviers. In der Woche vom 24. bis 30. Oktober betrug die Rohförderung im niederschlesischen Steinkohlenrevier 90 736 (in der Vorwoche 95 189), die Kokserzeugung 15 567 (15 558) Tonnen. Der Gesamtabsatz (ohne Selbstverbrauch und Deputat) belief sich auf 74 797 (75 865), der Hauptbahnhverband auf 60 275 (60 884), der Absatz nach den Wasserumschlagstellen auf 1720 (2900) Tonnen. Die Kohlenbestände beliefen sich am Ende der Woche auf 174 648 (180 490) und die Kokkbestände auf 155 891 (157 244) Tonnen.

Kreis Glogau.

Benthen (Oder), 3. November. Siebungsbau. Alle 12 Gebäude reichseigener Siedlung an der Neusalzer Chaussee sind bereits eingedeckt. Die Bauweise ist zweckmäig. Ein hohes Ziegeldach krönt jeden einzelnen Bau. Wenn erst der Anstrich der Gebäude fertig ist, wird die Straße mit ihren zwölf Bauten sicher eine Bierde für die neue Siedlung sein. — **Verlegung.** Durch die Neugliederung der Kreise ist man der Frage näher getreten, aus dienst- und verkehrsheligen Gründen das Landjägeramt Tschepplan nach Beulzen zu verlegen.

Glogau, 3. November. 70 000 RM. für Instandsetzung von Wohngebäuden. Vom Magistrat wird mitgeteilt, daß der Stadt in Anlehnung an den Erlass des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt vom 29. September für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und für den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen für die Bewilligung von Reichszuschüssen 70 000 RM. bzw. 2500 RM. überwiesen worden sind. — **Verleitung zum Meineid.** Die Große Strafkammer verurteilte den Landwirt Gustav Helbig aus Eitendorf, Kreis Löben, der verlucht hatte, zwei Zeugen zu beeinflussen, als er wegen Rüstendiebstahls angeklagt war, wegen Verleitung zum Meineid zu 1 Jahr Zuchthaus. — **Unter Brandstiftungsverdacht verhaftet.** In das hiesige Amtsgericht wurde der Gutschmied August Matthesch aus Bamau eingeliefert, der von einem Überlandjäger unter dem dringenden Verdacht, die Dominialscheune in Bamau angezündet zu haben, festgenommen worden war.

Die Christlichen Gemeinschaften zur Wahl

Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften veröffentlicht einen Wahlaufruf, in dem die Reichsregierung für die Vermehrung der Notlage unter den arbeitenden Schichten verantwortlich gemacht wird. „Es wäre eine Verstümpfung an den wahren Interessen des Volkes“, heißt es, „Parteien, die den gegenwärtigen volksfeindlichen Kurs stützen, die Stimme zu geben.“

Nimpisch, 3. November. **Übereinigung durch freiwilligen Arbeitsdienst.** Im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes wird am kommenden Montag mit der Regulierung der Höhe bei Kunsdorf auf einer Strecke von circa 500 Meter begonnen. Träger der Arbeit, die etwa 4000 Tagearbeitsumfassen wird, ist der Kreis Reichenbach. Träger des Dienstes, der mit einem Stamm von 40 Arbeitswilligen begonnen und auf 60 ausgedehnt wird, ist die NSDAP.

Breslau, 3. November. **Dr. von Bahrfeldt auch Staatskommissar für die T. H. Regierungspräsidien z. D. Dr. von Bahrfeldt,** der Kurator der Schlesischen Friedrich-Wilhelm-Hochschule, ist auch zum Staatskommissar für die Technische Hochschule Breslau ernannt worden. — **Kinderpeinigung der Polizei.** Die Breslauer Polizei hat die bereits im vorigen Winter durchgeführte Kinderpeinigung auch in diesem Jahre wieder aufgenommen. Die gesamte Beamenschaft hat sich verpflichtet, einen Mindestbeitrag zu diesem Hilfswerk zu leisten. — Ein großer Wildererprozeß begann am 1. d. M. vor der 1. Großen Strafkammer. Die Hauptangeklagten sind der Tischler Georg Kusch aus Marienkrantz, der Steinschläger Max Gerlach und der Landwirt Walter Heinz aus Klarenkrantz. Außerdem sind 10 weitere Personen aus Breslau und Klarenkrantz angeklagt. Die Hauptangeklagten haben Jahre hindurch in den Wäldern von Klarenkrantz, Sühwinkel, Kunsdorf und Darpe die Jagd unberechtigt ausgeübt. Auch haben sie während der Schonzeit gejagt. Der Wert des Wildes, das sie erlegt und in Breslau in Gastwirtschaften und Geschäften absetzen, soll beträchtlich sein. Das Gericht erkannte gegen Kusch wegen gewerbsmäßiger Wilderei auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis. Der Angeklagte Gerlach wurde wegen Begünstigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein weiterer Angeklagter wurde zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt, die übrigen 9 Angeklagten wurden freigesprochen. Ihnen konnte nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden, daß sie das Wild unberechtigt ausgeübt hätten.

Olau, 3. November. **Wohn der Dorfleute.** Die lokale Stadtverordnetenversammlung nahm zu dem geplanten Abbau der Dorotheenschule Stellung und fasste nach längeren Debatten, in der Bedenken in sittlicher, kultureller, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht zum Ausdruck kamen, den Besluß, um das Neumannianum als Vollanstalt zu erhalten, den Abbau der Dorotheenschule anzunehmen. Ab Ostern 1933 werden Schülerinnen in die Sexta nicht mehr aufgenommen.

Neustadt-D.-S., 3. November. **Wieder Schönenbetrieb im D.-S.** Die Vereinigten Oberlausitzischen Hüttenwerke haben den Hochofen auf der Jülienhütte in Bobrek, der Anfang August stillgelegt war, am 31. Oktober wieder in Betrieb genommen, da die Bestände an Roheisen inzwischen so weit geräumt worden sind, daß ihre Auffüllung notwendig erscheint, zumal da die Nachfrage der Gießereien nach Roheisen in neuester Zeit eine gewisse Besserung zeigt. Außerdem ist in der Koferei der Jülienhütte seit kurzem die Produktion erhöht worden, indem eine der früher stillgelegten Ofengruppen wieder in Betrieb genommen worden ist.

Tschisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 3. November. **Beschuldigungen gegen den Direktor der Deutschen Bank.** Wie die besonders gut unterrichtete „Polska Zachodnia“ weiß, wird der Direktor der stationären Niederlassung der Deutschen Bank, Gajow, verantwortlich an den Manipulationen, die sich bei der Kursalerhöhung der Osmag abgespielt haben sollen, und wegen deren Direktor Ebeling sich seit längerer Zeit in Untersuchungshaft befindet, mit beteiligt gewesen zu sein. Direktor Gajow war in der Osmag-A Angelegenheit als Zeuge vernommen worden. Vor einigen Tagen wurde ihm von der Staatsanwaltschaft eröffnet, daß auch gegen ihn Anklage erhoben werden würde. Die „Kattowitzer Zeitung“ erklärt hierau, daß die Deutsche Bank bei der Transaktion vollkommen reguläre Aufträge ausgeführt hat, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die Bilanz der Osmag noch aktiv war, nämlich 1928. Wenn schon aus diesem Grunde für die Bank kein Anlaß bestand, die ihr aufgegebenen Transaktionen nicht durchzuführen, so brauchte sie um so weniger Bedenken haben, als auf Grund genau der gleichen Unterlagen auch der mitwirkende Notar und das Register-Gericht die Beurkundungen und Eintragungen vorgenommen haben. Für Direktor Ebeling ist übrigens erneut ein Haftentlassungsantrag gestellt worden, da sein Gefundheitzzustand gegenwärtig sehr ernst ist. — **Der Fall Winterstein.** Das Drama, das sich vor einigen Monaten im Myslowitzer Stadionbad abspielte, wo ein Besucher der deutschen Minderheit namens Winterstein von Oberleutnant Kucharski nach kurzem Wortwechsel niedergeschossen wurde, fand vor dem Krakauer Kriegsgericht seinen Abschluß. Nachdem die Zeugen sich widersprochen hatten, fällte das Gericht das Urteil dahin, daß Oberleutnant Kucharski freigesprochen wurde.

Aus der Grenzmark Posen-Westpreußen

W. Schwenten, 3. November. **Kohlegasvergiftung.** Bewußtlos wurde hier gegen Morgen der Häusler Klein, hier, dessen Ehefrau und Kind aufgefunden. Der herbeigerufene Arzt stellte eine Vergiftung, hervorgerufen durch Drogen, fest. Es gelang, alle drei Personen ins Leben zurückzurufen. — **Hohes Alter.** Kantor i. R. Bendach feierte heute seinen 70. Geburtstag. Es wurden ihm zahlreiche Ehrungen zuteil. — **Eine Freizeit für junge Mädchen soll hier Anfang Januar n. J. stattfinden.** — Die Spars- und Darlehnstasse wurde gestern einer Revision unterzogen.

Aus der Provinz Brandenburg.

Güllighau, 3. November. **Zu die Oder gestürzt hat sich nachts ein etwa 18jähriger Drogist.** Er konnte glücklicherweise gerettet und ins heimische Krankenhaus eingeliefert werden, wo er sich bereits wieder erholt hat. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

Wasserstand der Oder.

Datum	8 Uhr	vormittag	mittag	Abend	Reitzenhain	Bries	Brieslau	Döbberin	Steinau	Glogau	Widderup	Großen
2. 11.	1.01	2.02	-0.76	1.50	1.85	-0.72	0.96	1.05	0.89	0.71	0.92	
3. 11.	0.99	2.12	-0.74	1.74	1.86	-0.60	0.95	0.88	0.88	0.72	0.92	
4. 11.	1.08	2.10	-0.76	1.50	1.78	-0.52	0.91	0.87	0.78	—	—	

Volkswirtschaft

Bericht zum heutigen Berliner Schlachtviehmarkt

Mitgeteilt von der Firma Krebs u. Sponholz.

Berlin, 4. November. **Rinder:** Auftrieb 2547, Preis 9—30; **Kälber:** Auftrieb 1883, Preis 18—49; **Schafe:** Auftrieb: 4348, Preis 11—24; **Schweine:** Auftrieb 8618, Preis: über 3 Rentner Lebendgewicht —; vollfleischig 240—300 Pfund 42—48; vollfleischig 200—240 Pfund 39—42; vollfleischig 160—200 Pfund 36—39; vollfleischig 120—160 Pfund 38—35; **Sauen:** 34—37.

Da der heutige Auftrieb in allen Gattungen etwas reichlich ausfielen war, verlief das Geschäft bei nachgebenden Preisen nur ruhig.

Die Wirtschaftslage des Viehhandels im Oktober.

Vom Bund der Viehhändler Deutschlands (e. V.) wird geschrieben:

Während sich der Geschäftsgang auf den Schlachtviehmärkten in der ersten Woche des Oktober etwas befriedigender gestaltete, zeigte sich im weiteren Verlauf des Berichtsmonats eine ungünstigere Tendenz und ein nicht unbeträchtliches Sinken der Preise. Anfang der schlechten Witterung machte sich eine verstärkte Absatz von Weiderindern bemerkbar, während die Nachfrage auf dem Fleischmarkt erheblich geringer war. Nun kommt das saisonmäßige verstärkte Angebot an Wild und Geflügel. Das Angebot war daher häufig

nicht unterzubringen, und es blieben auf den Schlachtviehmärkten erhebliche Überstände. Die Folge davon waren stark nachgebende Preise.

Auf dem Rindermarkt machte sich das Angebot von Weidefleisch stark bemerkbar. In der ersten Hälfte des Berichtsmonats verhinderten gute Qualitäten teilweise größere Verluste, in der zweiten Hälfte wurden jedoch auch nicht schlachtreife Tiere dem Markt zugeführt, so daß die Preise einen scharfen Rückgang aufwiesen. Das Aufstallnisch in Weiderindern muß in diesem Jahre zu wohl noch nicht dargestellten niedrigen Preisen abgegeben werden; trotzdem ist die Nachfrage nicht allzu groß, da Kapitalmangel sowie nicht allzu große Mengen von Rübenmischfutter infolge geringeren Anbaus die Einstellung behindern. Ob diese Geschäfte auf lange Sicht gewinnbringend sein werden, wird davon abhängen, ob die Ankurbelungsversuche der Wirtschaft gelingen und ob die Nachfrage hierdurch verstärkt wird. Auch der Kälbermarkt, der Anfang des Monats etwas besser war, konnte die Preissteigerung nicht aufrecht erhalten, sondern ließ von Woche zu Woche nach. Das Geschäft ist lustlos bei abrückenden Preisen. Die Abschlagsmöglichkeiten für Schafe gingen gleichfalls zurück, das Geschäft wurde teilweise als ganz schlecht bezeichnet. Auf den Schweine- und märkten zeigte sich Anfang des Monats ebenfalls eine bessere Tendenz. Jedoch war die Entwicklung nicht einheitlich, die Nachfrage nach Fleischvieh ließ im Laufe des Monats erheblich nach. Auch das Wildviehgeschäft ist sehr schleppend, namentlich hochwertige Rühe konnten schlecht abgeleistet werden. Tiere mittlerer Preislage waren kaum unterzubringen. Auch in den nächsten Monaten dürfte mit einer Besserung der Viehpreise kaum gerechnet werden.

Getreidemarkt in Getreide und Mehl.

Erfüllungsort Breslau. Lieferung ab Waggon, vom Kähne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark für Getreide pro 1000 kg, für Mehl pro 100 kg Brutto.

Lieferung	Weizen		Roggen		Hafer		Roggenmehl	
	Normalgew.	755 g	Normalgew.	712 g	Normalgew.	475 g	Normalgew.	60 % nach Typen
im Monat	für das Eiter	8. 11.	2. 11.	8. 11.	2. 11.	8. 11.	2. 11.	8. 11. 2. 11.
Dezbr	201 G	200 G	157 G	157 G	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—
	204 G	202 G	160 G	159 G	—	—	—	—
März	—	—	—	—	—	—	—	—

Getreide in Getreide und Mehl.

Erfüllungsort Breslau. Lieferung ab Waggon, vom Kähne oder vom Speicher. Preise in Reichsmark für Getreide pro 1000 kg, für Mehl pro 100 kg Brutto.

mittlerer Art und Güte der letzten Ernte.

	8. 11.	8. 11.	8. 11.	8. 11.
Winteraps	—	—	—	—
Leinsamen	20.00	19.00	18.00	17.00
Senfamen	27.00	27.00	26.00	25.00

Tendenz: freundlich.

Spezialkartoffeln ab Erzeugerpreis: gelbe 1.80, rote 1.90, weiße 1.70.

Kartoffelkartoffeln ab Verladestation: für das Prozent Stärke 0.06% Rpf.

Tendenz: Rubia.

Großener Marktpreis-Notierungen vom 3. November.

Butter Pfund 0.90—1.10 RM., Eier Stück 11—13 Rpf., Käse Pfund 50—70 Rpf., Quark 20 Rpf., Weinöl Liter 80 Rpf., Weißkohl Pfund 4 und 5 Rpf., Rotskohl 8—10 Rpf., Wirsingkohl 8—10 Rpf., Grünkohl 15 Rpf., Blumenkohl 25—35 Rpf., Rosenkohl 30—35 Rpf., Kohlrüben 5—8 Rpf., junge Möhrüben Bünd 10 Rpf., Salat Röpf 8—10 Rpf., Kohlrabi Stück 5 Rpf., saure Gurken Stück 10—15 Rpf., Brotkohlf Pfund 30—40 Rpf., Pfälzchenmus 50 Rpf., Kartoffeln Bantner 1.80—2.00 RM., Pfund 3 Rpf., Zwiebeln 8—10 Rpf., Kürbis 5 Rpf., Walnüsse 50 Rpf., Weintrauben 25—35 Rpf., Apfelf 10—20 Rpf., Birnen 20—30 Rpf., Grünlinge 20 Rpf., Steinpilze 80 Rpf.; Geflügel: junge Hähne Stück 0.80—1.30 RM., alte Hähne (lebend) Pfund 40—50 Rpf., junge Tauben Paar 0.80—1.00 RM., Enten Pfund 60—80 Rpf., Gänse 60—70 Rpf.; Fische: Bander Pfund 80 Rpf., Hecht 60—70 Rpf., Schleie 80 Rpf., Karpfen 80 Rpf., Wels 60—70 Rpf., Bierfisch 40—60 Rpf., Bratfisch 25 Rpf.; Fleisch und Wurstwaren: Rindfleisch Pfund 70—90 Rpf., Kalbfleisch 0.80—1.00 RM., Schweinefleisch 70—80 Rpf., Hammelfleisch 80—90 Rpf., Schweinefleisch 100 RM. — Schweinemarl: Auftrieb 409 Hörner, 62 Läufe und Futterrindweine. Hörner 4—6 Wochen 7.50 RM., 6—8 Wochen 9.00 RM., 8—10 Wochen 10 RM., Läufe 15 RM., Futterrindweine bis 25 RM. Auftrieb mäßig, Verkehr schlepend, Markt wurde langsam geräumt. Der schlechte Auftrieb ist auf das schlechte Wetter zurückzuführen.

Nunmehr hat Minister Daladier mitgeteilt, daß auch über den Oktober hinaus bis auf weiteres die bisherigen Löhne in Kraft bleiben, selbst wenn bei den Gruben dadurch Betriebsverluste eintreten.

Bauhaupttagung des Sejm.

Warschau, 3. November. Der Sejm ist heute vormittag zur ersten Sitzung seiner ordentlichen Bauhaupttagung aufgekommen. Der Finanzminister Bawolit hat ein Exposé zum eingebrachten Haushalt, wobei er versicherte, daß es keine neue Inflation geben werde. Wie verläuft, soll der Sejm heute oder morgen nach Beendigung der Generalaussprache auf einen Monat vertagt werden.

Kohlenfunde in Sibirien.

Laut offiziellen Mitteilungen haben sowjetrussische Ingenieure in Ost-Sibirien große Kohlenlager entdeckt. Mit dem Abbau soll in nächster Zeit schon begonnen werden, um in Ost-Sibirien, gestützt auf die Kohle, eine eigene Industrie zu errichten.

Erfolg der neuen englischen Anleihe.

London, 3. November. Die Bezeichnungslisten für die neue Konvertierungsanleihe sind bereits heute mittag geschlossen worden.

Das Kabinett in Belgrad hat seinen Rücktritt eingereicht. Der König hat den Rücktritt der Regierung angenommen.

Mamonoff und Miassojedoff.

Ein Monstre-Geldfälscher-Prozeß in Berlin.

Dieser Prozeß, der vor dem Berliner Landgericht III verhandelt wird, ist ebenso interessant seiner Materie wegen, wie auch durch die Persönlichkeiten, die auf der Anklagebank sitzen. Sieben Angeklagte sind es im ganzen. Fünf von ihnen sind Durchschnittsmenschen: Kaufleute, Händler, ein Journalist.

Im Mittelpunkt der Anklage und des Interesses stehen zwei Russen, der Ingenieur Basil Mamonoff und der Kunstmaler Iwan Miassojedoff. Beide Angeklagten entstammen vornehmen und reichen Familien des Kriegsgrußlands. Der Ingenieur ist der Sohn eines Millionärs, der seine Erfährtne neben seinem Geld einer anderen Tatsache verstandt: er war das Modell zu einem weltberühmten Gemälde, zu Ilya-Riepins Bild: „Iwan der Schreckliche ermordet seinen Sohn.“ Geheimnisse umwittern den Kunstmaler. Der schöne Mann mit dem großen Bart spielte im zaristischen Russland eine große Rolle; er war reich und begabt, und seine Bilder waren geschickt. Er hatte von seinem Geld und von seiner Erfährtne wenig Gebrauch gemacht; ruhelos durchzog er die Welt, nicht als Grandseigneur, sondern als Bagabund, und als er erst eine Zirkusartistin geheiratet hatte, trat er selbst in schwierigen Wandertäufungen auf. Die russische Revolution nahm auch ihm sein Vermögen. Er floh und war ganz arm, als er in Berlin auftauchte.

Es mochte in seinem Gang zum Abenteuerlichen begründet sein, daß er sich auf diese sensationellen Geldfälschungen einließ. Man gab sich nicht mit Kleinigkeiten ab, sondern man verfertigte 50-Dollar-Scheine und 100-Pfund-Noten. Im ganzen soll die russische Bande etwa eine halbe Million Falschgelds hergestellt haben. Etwa 200 000 Mark sind unter die Leute gebracht worden; die übrigen 300 000 Mark wurden beschlagnahmt. Träger der Idee war Basil Mamonoff. Der Ingenieur und der Kunstmaler waren

übrigens schon 1922 wegen Geldfälschung zu einer größeren Buchthausstrafe verurteilt worden.

Das diesmalige Debacle begann in Schweden. In Stockholm wurden falsche 50-Dollar-Noten ausgegeben. Durch das meisterhafte Zusammenarbeiten der europäischen Polizeibehörden fand man bald heraus, daß sich unter jenem Kerl, der mit den falschen Noten zu tun hatte, der berüchtigte Mamonoff verbarg.

Damals gelang es dem Russen, sich den Hängen der Polizei zu entziehen. Als aber im Februar bei der Berliner Handelsgesellschaft eine falsche 100-Pfund-Note entdeckt wurde, wußte man, an wen man sich zu halten hatte. intensive Recherchen setzten ein; die Fäden ließen bei Mamonoff und Miassojedoff zusammen – und bald hatte man die Falschmünzhersteller mit der raffiniert versteckten Apparatur und mit 300 000 Mark Falschgeld sowie die ganze Falschmünzbande aufgespürt.

Man ist sich übrigens noch nicht klar darüber, ob die Russen auf eigene Faust oder in einem höheren Auftrag gehandelt hatten. Auch die Anklage läßt die Möglichkeit politischer Hintergründe offen. Man will sich bei der Verhandlung indes keineswegs um diese politischen Hintergründe kümmern, sondern man will nur die strafrechtliche Seite der Affäre behandeln.

Eine Reise hervorragender Sachverständiger – u. a. Geheimrat Friedländer vom Berliner Kupferstichkabinett, der bekannte Maler Leo von König, Kommissar Biebermann von Sonnenberg (der Geldfälschungsspezialist des Berliner Polizeiviertels), der ausgezeichnete Schriftsachverständige Schneiders, Medizinalrat Heymann – sind geladen. St. F.

Berlin, 3. November. Nach achtjähriger Verhandlung verurteilte die Strafkammer den russischen Kaufmann Mamonoff wegen Münzverbrechens zu drei Jahren Buchthaus, den russischen Kunstmaler Miassojedoff zu zwei Jahren sechs Monaten Buchthaus und den Kaufmann Uralsky-Udinoff zu neun Monaten Gefängnis; der Kaufmann Landau erhielt ein Jahr Gefängnis.

Rundfunk-Programm für den 5. November 1932.

Königswusterhausen 184 kHz / 1635 m / 60 kW

6.15: Gymnastik. — 6.30: Wetter. — 6.35: Siehe Breslau. — 10.00: Nachrichten. — 10.10: Russische Schulmusik. Vom Mitteldeutschen Rundfunk. — 11.00: Stunde der Unterhaltung. Schweizer Art und Brauch. — 12.00: Wetter. — Schallplatten. Anschließend: Wetter. — 12.55: Zeitzeichen. — 1.35: Nachrichten. — 2.00: Schallplatten: Aus den Bergen. — 3.00: Kinder-Bastelstunde. Herr. — 3.45: Wandel der Wahrheit. — 3.50: Wetter. — 3.55: Kühn-Bläser. — 4.00: Wahrum im Herbst die Blätter fallen. — 4.30: Konzert der Hamburger Philharmonie. Vom Norddeutschen Rundfunk. — 5.30: Viertelstunde für die Gesundheit: Über Hunger und Appetit. — 5.50: Literarische Rätsel. — 6.05: Russische Wohlfahrt. Junge Generation und neue Macht. — 6.30: Deutsch für Deutsche: Die Umgangssprache. — 6.55: Wetter. — 7.00: Französisch. — 7.40: Christus, die Schmiede und das Abergern der Welt. — 8.00: Südfunk-Mitschung. Ein bunter Abend. Vom Süddeutschen Rundfunk. — 9.00: Die Schule der Welt. Eine Berliner Komödie in drei Akten von Friedrich dem Großen. Nach der französischen Urfassung. Vom Westdeutschen Rundfunk. — 10.25: Wetter. Nachrichten. — Danach Tanzmusik der Kapelle Otto Kermbach. Vom Wohltätigkeitsfest der Technik im Marmorsaal des Zoo.

Breslau 928 kHz / 325 m / 75 kW

6.15: Gymnastik. — 6.35: Frühkonzert des Königsberger Rundfunk-Orchesters. — 6.45: Wetter. — 11.15: Wetter. Nachrichten. Wasserstrände. — 11.30: Wetter. — 11.35: Mittag-Konzert des Kleinen Königsberger Funk-Orchesters. Vom Oktmarken-Rundfunk. — 1.05: Wetter. — Schallplatten. — 1.45: Wetter. Nachrichten. Börse. — 2.05: Schallplatten. — 2.45: Schallplatten und Reklame. — 3.10: Landwirtschaftliche Preise. Börse. Nachrichten. — 3.40: Die Schule der Woche. — 3.50: Die Umschau. Die Rettung des Abendlandes: Die Schlacht bei Poitiers. — 4.30: Unterhaltungs-Konzert des Kleinen Königsberger Funk-Orchesters. Vom Oktmarken-Rundfunk. — 6.00: Staatsmänner um die Wende des 18. Jahrhunderts. Bücher, Briefe von Herbert Böhlinger. — 6.15: Rundfunk auf die Vorläufe der Woche und Literaturpreis. — 6.45: Schallplatten. Volksfest aus den Alpen. — 7.15: Schallplatten. In einer Pause. — 7.20: Wetter. — 7.30: Der Feind ist vorbei.

Rundfunkrede des Reichsanzlers.

Reichsanzler von Papen spricht am Freitag, dem 4. November, von 20.00 Uhr bis 20.15 Uhr im deutschen Rundfunk über alle Sender zur Lage.

Politischer Rückblick im Rundfunk.

Am Freitag, dem 4. November, 19.30 Uhr, gelangt, wie die „Schlesische Funkstunde“ mitteilt, in der „Stunde der Reichsregierung“ als Aufgabe für alle deutschen Sender ein Rückblick auf das politische Vierteljahr mit Ausschnitten aus den programmativen Reden des Reichsanzlers und des Reichsinnenministers auf Schallplatten zur Sendung.

Bon der Schlesischen Funkstunde.

Freitag, den 4. November, um 18.30 Uhr bringt der Dienst der Schlesischen Funkstunde in Übertragung aus Berlin ein Gespräch mit dem Bestiger der einzigen Gifschlangenfarm in Europa. Anschließend folgt als Studie zum Berufsschwein ein Gespräch mit einem Dachdeckermeister und einem Klempnermeister, die die Erneuerungsarbeiten am Breslauer Rathaussturm vornehmen.

Breslauer Kirchenhöre im Rundfunk.

Neuerdings ist eine Mitarbeit der Kirchenhöre der Breslauer Gemeinden an der evangelischen Morgenfeier im Rundfunk in die Wege geleitet worden. Es ist beabsichtigt, allen Kirchenhören die Gelegenheit zu dieser Mitwirkung zu geben. Den Anfang hat der Kirchenchor von Elisabeth gemacht.

Lesen Sie das Grünberger Wochenblatt!

Hinweis.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion nur die vorgegebliche Verantwortung.

Die Deutsche Notgemeinschaft des Grünberger Erwerbslosen veranstaltet Mittwoch, den 16. 11. M. (Bütlag), im Schützenhaus einen großen Schauspiel-Abend. Von nur besten Kräften wird das große historische Schauspiel: „Der Glöckner zu Breslau“ (in 9 Aufzügen) zur Aufführung gebracht. Das Stück, das nicht nur bei Hunderten von Bühnenbühnen, sondern auch in zahlreichen Schauspielhäusern mit großem Erfolg über die Bretter gegangen ist, wird auch unseren Freunden und Anhängern gefallen. Keiner verläßt daher, sich für diesen Abend rechtzeitig eine Eintrittskarte zu besorgen, denn etwas Verartiges wird sobald nicht mehr geboten werden.

Karten sind zu haben: Montag, den 7. Nov., vormittags 10—12 Uhr im Stempelraum Adlerstr.; Montag, den 14. Nov., vormittags 10—12 Uhr im Stempelraum Adlerstr.; Dienstag, den 15. Nov., vormittags 10—12 Uhr im Stempelraum Adlerstr. Der Eintrittspreis (auch für Kinder) beträgt 20 Pf. Infolge der bereits bekannten Nachfrage empfehlen wir, den Vorverkauf zu benützen. — Der Vorstand.

Wiedersehen mit Giota.

Roman von Frank F. Braun.

Harriet Banetti aber verließ das Theater mit einem stolzen Gefühl in der Brust. Er hat recht, der liebe Herr Schilzach, dachte sie, er muß einen guten Blick haben; es scheint, ich mache wirklich rasch meinen Weg. Das Leben fängt an. Sie breitete die Arme aus. Dann winkte sie ein Taxi her und fuhr nach Hause in die Klosterstraße.

Altemus lange Rüder-Gustav in diesem Moment an der Ecke an. Er erkannte noch die Nummer des Autos. Aber was nützte das. Er flüchtete vor sich hin. Er kam sich versetzt vor, der Rüder-Gustav. Seit Tagen war Harriet immer gerade aus dem Varieté weg, wenn er dort anlangte! Sie hatte doch früher zuweilen gewartet. Hatte er ihr etwas getan? Er ging den Weg zurück. Morgen würde er sich die Vorstellung ansehen. Dann konnte sie ihm ja wohl nicht davonlaufen. Da ist etwas los, sagte er, erfahren in diesen Dingen. Wahrscheinlich hat sie einen Freund. Weshalb zieht sie sonst in der Sophienstraße aus und verschwindet spurlos. Er schüttelte den Kopf. Du lieber Himmel, dachte er, vor mir braucht sie wirklich nicht Versteck zu spielen. Er ging gedankenwoll die Reeperbahn hinunter. Er war, was seine Empfindungen zu Harriet anging, recht abgelaßt geworden, der Rüder-Gustav. Das Ende damals in Berlin war ihm doch ein bisschen an die Nieren gegangen. Er nahm die in Hamburg aufgängig wiedergefundene Harriet als gute Kollegin, die sie ja auch wirklich war. Denn er schuldete ihr schon zwanzig Mark. Das wäre unerträglich gewesen, wenn ihr Verhältnis anders als kameradschaftlich gewesen wäre. So wie die Sache lag, drückte ihn seine Schuld gar nicht. Haad aufs Herz, wer kann sich bei einer kleinen Monatsgage ein scharf ausgesagtes Ehrgefühl leisten? Weder Rüder von Collen noch Gustav Molle.

Am anderen Abend trieb es ihn zeitig schon in das Varieté. Er stürzte sich sogar in Unterkosten und schickte Harriet drei gelbe Rosen. Auf der Karte stand schlicht die Bemerkung: er warte am Ausgang. Tatsächlich wollte ihm scheinen, sie habe sich beeilt. Sie gab sich auch vollkommen als die alte Freundin und begrüßte ihn herzlich. Er schenkte sie in eines der großen Münchener Bräukokale auf der

Reeperbahn. Er erfuhr ohne Reid von ihren großen Erfolgen und ließ sich eine Freikarte für den kommenden Tanzabend geben. „Und wer ist der alte Herr, von dem mir Emanuel erzählt hat?“

Emanuel ist ein Schwäger. Er hätte warten sollen, bis ich Dir davon erzähle.“ Sie überlegte kurz. Ein Verheimlichen hatte bei Rüder-Gustav Veranlassung kaum Zweck. Sie ging den Mittelweg, machte keine Geheimnisse und erzählte nicht zuviel. Sie berichtete ihm von dem Aufstauen Harry Schilzachs.

Er sah sie mit zusammengekniffenen Augen an. „Der Herr Schilzach interessiert Dich also?“ „Sicherlich. Ein kluger, seiner alter Herr, mit dem umzugehen für mich in jeder Beziehung Gewinn ist. Wobei ich nicht etwa an die pekuniäre Seite denke.“

Er nickte. „Ich werde mich einmal erkundigen“, versprach er unaufgefordert. „Es ist ja nicht ausgeschlossen, daß Du recht hast. Im allgemeinen bin ich sonst misstrauisch, weißt Du.“ Sie sah auf ihre Armbanduhr. „Sag mal, mußt Du nicht weg?“ Er erwiderte ein bisschen. „Wahrhaftig“, sagte er, „ich danke Dir. Wir haben einen künstlerischen Leiter, also der wahre Militärfeldwebel alter Zeit, sage ich Dir. Er steht mit der Stoppuhr am Garderobenengang.“ „Dann mach“ nur, daß Du hinfommst“, drängte sie. Er stand auf. „Und Du?“ fragte er. „Meinetwegen mach“ Dir keine Sorgen. Ich nehme vor der Tür ein Auto.“ Er hielt ihr die Hand hin. „Du bekommst noch zwanzig Mark von mir. Gilt es?“ „Gar nicht; das hat Zeit.“ Er nickte erfreut. „Dann zahl bitte die Rechnung. Ich habe keine Kellnerin. Soll ich Dir Geld hielassen?“ Sie schüttelte lachend den Kopf; da drückte er ihr noch einmal die Hand. „Also dann schlage es zu meiner Schuld“, bat er, „aber schreibe es Dir auf, man vergibt es etwas.“

Von allen Plakatsäulen in Hamburg sprang fast lebensgroß das grellbunte gefleidete Mädchen dem Passanten in die Augen: „Harriet Banetti. Einmaliger Tanzabend!“ Der Kartenverkauf setzte nur mäßig ein; aber die leichten Tage hielten sich der Abfall, und an jenem Sonnabend, als der Abend heranrückte, erwartete sie in dem großen Saal sei ausverkauft. Das verblüffte nicht nur sie selber.

Herr Reizner, der Sekretär Schilzachs, hätte Auskunft geben können. Aber er schwieg natürlich. Es fragte ihn auch niemand. Oder doch. Direktor Schilzach wollte am Sonnabend mittag Auskunft haben: „Sind Sie alle Karten losgeworden, Herr Reizner?“ Der nickte. „Alle, Herr Direktor. Der kaufmännische Verein allein hat mit bestem Dank siebzig

Übergen schon 1922 wegen Geldfälschung zu einer größeren Buchthausstrafe verurteilt worden.

Das diesmalige Debacle begann in Schweden. In Stockholm wurden falsche 50-Dollar-Noten ausgegeben.

Durch das meisterhafte Zusammenarbeiten der europäischen Polizeibehörden fand man bald heraus, daß sich unter jenem Kerl, der mit den falschen Noten zu tun hatte, der berüchtigte Mamonoff verbarg.

Damals gelang es dem Russen, sich den Hängen der Polizei zu entziehen. Als aber im Februar bei der Berliner Handelsgesellschaft eine falsche 100-Pfund-Note entdeckt wurde, wußte man, an wen man sich zu halten hatte. intensive Recherchen setzten ein; die Fäden ließen bei Mamonoff und Miassojedoff zusammen – und bald hatte man die Falschmünzhersteller mit der raffiniert versteckten Apparatur und mit 300 000 Mark Falschgeld sowie die ganze Falschmünzbande aufgespürt.

Man ist sich übrigens noch nicht klar darüber, ob die Russen auf eigene Faust oder in einem höheren Auftrag gehandelt hatten. Auch die Anklage läßt die Möglichkeit politischer Hintergründe offen. Man will sich bei der Verhandlung indes keineswegs um diese politischen Hintergründe kümmern, sondern man will nur die strafrechtliche Seite der Affäre behandeln.

Eine Reise hervorragender Sachverständiger – u. a. Geheimrat Friedländer vom Berliner Kupferstichkabinett, der bekannte Maler Leo von König, Kommissar Biebermann von Sonnenberg (der Geldfälschungsspezialist des Berliner Polizeiviertels), der ausgezeichnete Schriftsachverständige Schneiders, Medizinalrat Heymann – sind geladen. St. F.

Berlin, 3. November. Nach achtjähriger Verhandlung verurteilte die Strafkammer den russischen Kaufmann Mamonoff wegen Münzverbrechens zu drei Jahren Buchthaus, den russischen Kunstmaler Miassojedoff zu zwei Jahren sechs Monaten Buchthaus und den Kaufmann Uralsky-Udinoff zu neun Monaten Gefängnis; der Kaufmann Landau erhielt ein Jahr Gefängnis.

Die Chrysantheme.

Bon Max Hayek.

Wenn die Rosen schwanden und ihre Blätter wie ein dämmerfarbener Teppich um den schauernden Busch liegen; wenn das Heliotrop, das die Wärme liebt, wenn die Sonnenblume und die Petunie ihrem nun fühleren Gesichter starben; wenn Herodes, der Frost, all die Unschuldskinderlein des Sommers mordete, so daß sie ihre Köpfe für immer senken mußten: dann erscheint die prächtige Chrysantheme, das leste prunkende Banner der Armee der Blumen, die sich vor dem Feinde des Lebens, der Kälte, zurückzog.

Ihre Schönheit ist der Jahreszeit verwandt, in der sie erscheint. Denn ihre Farben sind nicht stark und schreiend, sondern von einem nachdenklichen Schatten überhaupt. Kein frisches Rosentrot, kein heiter Purpur leuchten hier, sondern ein besänftigendes Rosa, ein gemildertes Karminträumen. Nicht die Farben der Sonne, sondern die blässeren des Mondes sind gegeben, die Farben der rosigen Nebel auf morgendlichen Wäfern.

Die Farben der Chrysantheme sind übrigens so charakteristisch wie die der Kapuzinerkreuze. Es sind alle Farben da, doch zeigen alle eine durchgängige Besonderheit.

Die gleiche, ergebungsvolle Personenheit ist bei allen zu finden. Sie sind strohfarbene und cremefarbene, schwefelgelbe und mattholde, Safran, Orange und Lachs, Alabaster und Beilchen, Magenta und Nußbraun – aber alle diese Farben sind ins Geheimnis getaucht.

Sie ist die Blume der Melancholie, wie selbstgewiß groß und prächtig sie sich auch geben möge. Sie ist die Blume, die am Tage Allerseelen blüht, am Tage der Toten.

Sie kam aus dem Orient zu uns, aus der Levante. In China feierte Confucius einst ihre „goldene Herrlichkeit“. Sie wurde von den Japanern aufgenommen, die aus der kleinen Bettlerblume vom Weizand das prunkvolle Sinnbild der Ritterschaft machten, das nur dem Prinzen aus königlichem Geblüte zielt. Sie prägten das Abbild der Chrysantheme auf ihre alten Münzen, auf das Siegel des Mikado, auf die Säbelgriffe der Soldaten der Garde.

Die Japaner haben die Chrysantheme aufammen mit der Kirschblüte, dem Bambus und der Seerose zum vorherrschenden Ornament ihrer genialen, dekorativen Kunst gemacht.

Die Chrysantheme ist auch eines der erstaunlichsten Beispiele dafür, was der Mensch aus dem einfachen Werk der Natur zu machen vermag. Denn die Chrysantheme, einst als schüchternes, gelbes Blümchen zu uns gekommen, ist nun phantastisch, monströs, üppig und anmaßend geworden.

Sie richtet ihre Blütenblätter auf wie das gereizte Stachelschwein seine Stacheln aufrichtet. Sie ringelt ihre Blätter wie Schlangen sich ringeln, sie trägt sie in Locken gewellt, wie Frauen das Haar tragen.

Die Blumenzüchter haben aus dieser Bettlerblume nach und nach eine Königin gemacht.

Es gibt nichts, das unseren Sinn für Schönheit mächtiger erregt, nichts, das so gleich einem Trompetenstoß unser Geist erregt, wie die Schaustellung von Chrysanthemen in Massenmenge.

Die Chrysantheme ist des Sommers Scheidegruß, voll eleganter Majestät. Sie ist des Sommers leiste Zärtlichkeit, süß wie die Süße jenes einen letzten Kusses, den wir auf die Lippen der Geliebten legten, die sterben muß.

Die Chrysantheme blieb vom Erdbeben verschont.

Unter den erheblichen Erdbebenzerstörungen in der Stadt Saloni und Umgegend haben – wie das Deutsche Ausland-Institut auf dort eingezogene Erdkundungen feststellen kann – glücklicherweise weder die Deutsche Schule noch die sonstigen deutschen Einrichtungen gelitten. Die Bevölkerung war durch die heftigen Erdbeben aufs äußerste beunruhigt, und die in Saloni ansäss

Das Mehrstimmwahlrecht in der Welt.

Eine Übersicht über das parlamentarische Wahlrecht in den einzelnen Staaten ergibt, daß das Mehrstimmwahlrecht, so wie es der Reichsminister des Innern jetzt zur Debatte gestellt hat, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, in der Welt eine längst überlebte Angelegenheit ist.

Ein gewisses Mehrstimmwahlrecht gab es vor dem Kriege in Belgien, und zwar wurde das Mehrstimmrecht in der Welt eingeführt, daß ein Wähler eine zweite Stimme erhielt, wenn er 35 Jahre alt war, Ehegatte oder Witwe mit ehelichen Kindern war und eine jährliche Personalsteuer von 5 Franken für Wohnung zahlte. Er erhielt weiter eine zweite Stimme, wenn er einen erhöhten Steuerzahler war oder wenn er ein Hochschuldiplom besaß, ein öffentliches Amt bekleidete oder einen Privatberuf ausübte, der eine gewisse höhere Vorbildung voraussetzte, doch durfte kein Wähler mehr als insgesamt drei Stimmen haben.

Dieses Mehrstimmwahlrecht konnte aber nicht aufrecht erhalten werden. Durch das Gesetz vom 19. Mai 1919 wurde abschließlich das gleiche Stimmrecht aller Männer über 27 Jahre eingeführt. Es ist auch nicht richtig, daß ein Mehrstimmwahlrecht für Kriegsteilnehmer in Belgien besteht, vielmehr wurde das Frauenstimmrecht in einer sehr beschränkten Form eingeführt: für Kriegerwitwen und -Mütter, für Freiwilligerwitwen und -Mütter sowie für wegen politischer Beweggründe während der Besetzung verurteilte Frauen. So gab es 1925 nur 10 166 Wählerinnen von 2 875 250 Wahlberechtigten überhaupt.

In Frankreich wurde durch das Wahlgesetz von 1817 ein Mehrstimmwahlrecht mit plutokratischem Charakter eingeführt, das sich aber auch nicht halten konnte.

Auch im alten Österreich hat man den Gedanken eines Mehrstimmwahlrechts in gewisser Form 10 Jahre lang aufrechterhalten. Es wurde eingeführt durch die Badische Wahlreform. Zu den bisherigen vier Wählerklassen kam noch eine allgemeine Wählerklasse, in der alle männlichen Staatsbürgen über 24 Jahre, die sechs Monate in einer Gemeinde ansässig waren, ohne Rücksicht auf ihre Steuerleistung stimmberechtigt waren. Ein Mehrstimmwahlrecht war es insofern, weil die Wähler der vier Klassen auch noch in der allgemeinen Wählerklasse mitmischen konnten.

Audimente eines Mehrstimmwahlrechts gibt es noch in Großbritannien, und zwar einmal dadurch, daß die Graduierten der Universitäten durch die Wahl in eigenen Universitätswahlkreisen noch 11 Abgeordnete ins Unterhaus entsenden können. Außerdem gibt es zwei Wahlrechtsqualifikationen in England. Das Wahlrecht ist nämlich abhängig von der Geschäftsniederlassung und von der Wohnung. Es kann nun der Fall vorkommen, daß jemand in einem Wahlkreis auf Grund der Geschäftsniederlassungsklasse, in einem anderen auf Grund der Wohnungsqualifikation stimmberechtigt ist. Wohl darf ein Wähler nicht im selben Wahlkreis zwei Stimmen haben, in dem erwähnten Fall kann er aber tatsächlich in den beiden Wahlkreisen wählen. So hatten 1918 rund 150 000 Wähler ein doppeltes Wahlrecht, dessen Ausübung aber dadurch erschwert wird, daß seit 1918 – im Gegensatz zu früheren Zeiten – die allgemeinen Wahlen in allen Wahlkreisen am gleichen Tage stattfinden. Es ist auf der Wahlrechtskonferenz im Jahre 1920 verfügt worden, diese Audimente zu beseitigen. Es gelang aber nicht, ein Einvernehmen über die Abänderung des Wahlgesetzes zu erzielen.

Wenn der Reichsminister des Innern für die Familienhäuser ein Sonderrecht schaffen will, so hat er ein Vorbild dazu nur im kleinen Lande der Welt, in Russland. Durch den Reformplan, der 1886 durch die Abdankung angenommen wurde, das Stimmrecht auf alle Familienhäuser (casas de casa) ausgedehnt, so daß die politischen Rechte eigentlich nicht individuell sind, sondern am Hause hängen.

Neue Berechnungsgrundlagen der Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung.

Berlin, 3. November. Im heutigen "Reichsanzeiger" wird eine Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung vom 31. Oktober veröffentlicht, welche die Berechnung der Betriebsfahrtzahlen vereinfacht, entstandene Zweiteil und Härten beseitigt und die Berechnungsart in Übereinstimmung mit derjenigen der Tariflockierungsvorordnung bringt.

Zugleich mit dieser Verordnung wird die Bestimmung der Saison- und Kampagnengewerbe vom 26. September 1922 in erweiterter Fassung neu erlassen. Die wichtigste Änderung ist die Aufnahme des gesamten Einzelhandels (mit Ausnahme des Handels mit Drogen und Apothekerwaren) in die Liste der Saisonengewerbe.

Weiterbeschäftigung Ausgelernter ist Mehrreinstellung.

Berlin, 3. November. Auf eine Eingabe des Reichsvertreters des selbständigen Mittelstandes hat der Reichsminister dem Kartell folgende Entscheidung mitgeteilt:

"Wenn ein Lehrling nach Ablauf seiner Lehrzeit nicht aus einem Unternehmen ausscheidet, sondern als Geselle oder Handlungshelfer oder sonst gegen Entgelt im Betriebe weiter beschäftigt wird, so ist diese Weiterbeschäftigung regelmäßig als Mehrbeschäftigung als Arbeitnehmer im Sinne der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1922 anzusehen."

Erhöhung in der Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge

In den nächsten Tagen wird, wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet, eine neue Verordnung des Reichspräsidenten über Änderungen in der Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge erlassen. Diese Verordnung enthält zunächst die angekündigte Erhöhung des Reichszuschusses für die Gemeinden, die bisher einen Reichszuschuß im Monatsdurchschnitt von 60 bis 65 Millionen bekamen. Künftig soll dieser Betrag auf 75 Millionen erhöht werden. Zugunsten der Landgemeinden, die im Winter eine besonders hohe Erwerbslosenziffer haben, ist außerdem eine Änderung des Verteilungsschlüssels vorgesehen. Besonders wichtig ist für die Gemeinden die Ankündigung, daß vom 1. November bis 30. April kein Unterstützungsempfänger mehr aus der Krisenunterstützung ausgetreten werden soll. Es kann also keine Erhöhung der Wohlfahrts-Erwerbslosenfazilität eintreten, so daß die Gemeinden vor einer Steigerung ihrer Wohlfahrtslasten bewahrt bleiben.

Die Reichsregierung glaubt, so schreibt das Blatt weiter, an diesen Maßregeln greifen zu können, weil sich herausgestellt hat, daß die Durchschnittsziffer der Erwerbslosen, die nach den Berechnungen vom Jänner noch 5,9 Millionen betrug, gegenwärtig nur noch 5,8 Millionen beträgt.

Die vorstädtischen Kleinsiedelungen in Grünberg

Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben:

Der Stadtverwaltung Grünberg i. Schles. wurden im Juli d. J. von dem Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung aus dem 2. Bauabschnitt die Mittel für 30 Kleinsiedlerstellen in Aussicht gestellt. Nachdem die erforderlichen Unterlagen den Genehmigungsinstanzen vorgelegt worden waren, erfolgte die endgültige Zusage der Reichsmittel, welche für jede Siedlerstelle 2500 RM. als Darlehen betragen, im September 1922.

Von den städtischen Körperschaften war für 16 Siedlerstellen Gelände im Marschfeld an der Jugendherberge, für die restlichen 14 Siedlungen ein Acker im Steingarten zwischen Ochelhermsdorfer Straße und Freistädter Chancée bereitgestellt worden. Mit der Errichtung der Siedlung im Marschfeld konnte am 12. September begonnen werden. Diese Siedlung ist soweit vorgeschritten, daß die Häuser vorzüglich im Laufe dieses Monats bezogen werden können. Die Bauarbeiten für die Siedlung am Steingarten wurden

am 4. v. M. aufgenommen; sie sind soweit gefördert, daß sie bei einigermaßen günstigem Wetter noch in diesem Jahre beendet werden.

Die einzelnen Stellen sind entsprechend ihrem Charakter als vorstädtische Kleinsiedlungen nicht als ländliche Bollerwerbsiedlungen gedacht, sondern als Kleinwohnhäuser mit Landzuteilung in Größe zwischen 900 Quadratmetern und 1 Morgen. Auf den Siedlungen werden Erwerbslose angezeigt, die hoffentlich wieder einmal in den Arbeitsmarkt eingeschalten werden können. Die einzelnen Stellen bieten den Siedlern die Möglichkeit, durch Gemüse und Obstbau sowie Kleintierzucht zusätzliche Lebensmittel heranzuziehen und bei günstiger Ernte durch Verkauf von Erzeugnissen Kleinere Beträge herauszuwirksamen. Vor allem aber bietet die Stelle dem Siedler die Möglichkeit der Betätigung in Haus und Garten im Falle der Erwerbslosigkeit. Die Aussicht, daß die Stelle in absehbarer Zeit in das Eigentum des Siedlers übergeht, lädt eine pflegliche und sachgemäße Behandlung der gesamten Anlagen erhoffen.

Für die Ausführung der Siedlungshäuser wurden 2 Typen gewählt, und zwar eine Type A (Entwurf des Städtebauamtes) und Type B (Entwurf der Bauhütte). In beiden Entwürfen ist die Wohnflächengröße gleich. Die Häuser enthalten im Erdgeschoss einen Flur, in welchem ein Waschkessel aufgestellt ist, eine Wohnküche und 2 Wohnräume. Das Dachgeschoss bietet die Möglichkeit, noch 2 weitere Stuben auszubauen. Ein Raum des Dachgeschosses ist unterkellert. Bei dem Typ A sind die Stallung und der Abort seitlich angebaut, während bei dem Typ B Stall und Abort mit in das Gebäude eingefügt sind. Infolge der geringen zur Verfügung stehenden Mittel konnten die Häuser nur in einfachster Form errichtet werden, doch ist hierbei auch auf möglichst solide Ausführung Bedacht genommen.

Die einzelnen Stellen werden den Siedlern fertig übergeben, d. h. ausgerüstet mit lebendem und totem Inventar, mit der erforderlichen Belehrung mit Obstbäumen und Sträuchern und einschließlich Lieferung des für das 1. Erntear Jahr erforderlichen Düngers und Saatgutes.

Infolge zu tiefer Lage des Grundwassers wurden die Siedlungen an das städtische Wassernetz angeschlossen.

Die Kosten der Siedlung dürfen 3000 RM. nicht überschreiten. Soweit die vom Reiche zur Verfügung gestellten Darlehen nicht ausreichen, haben die städtischen Körperschaften die weiteren Darlehensmittel zur Verfügung gestellt. Die Zins- und Tilgungsrate für diese Darlehen sind möglichst niedrig gehalten, um die Stelleninhaber nicht zu hoch zu belasten.

Die Ausführung der Wohnhäuser erfolgt im Unternehmertrieb, wobei die Siedler selbst unter Anerkennung ihrer Arbeit mitmachen. Auch bei der Verlegung der Wasserleitung wurde auf die Siedlerhilfe zurückgegriffen. Die notwendigen Erdarbeiten zur Errichtung der Wege sind in Arbeit und werden voraussichtlich mit Beginn der Winterrüttung beendet sein.

Mit diesen beiden Siedlungen: "Siedlung Marschfeld" und "Siedlung Steingarten" sind in das Grünberger Stadtgebiet zwei neue Siedlungen eingefügt, denen sich hoffentlich im nächsten Jahre bei Fortsetzung des Programms noch weitere Siedlungen anfügen werden, damit die zahlreichen vorliegenden Anträge Berücksichtigung finden können.

Locale Nachrichten.

Grünberg, 4. November 1922.

* Grünberger Reichstagskandidaturen. Zu der am heutigen Sonntag stattfindenden Neuwahl des Deutschen Reichstages sind aus der Stadt und dem Landkreis Grünberg folgende Personen als Kandidaten ihrer politischen Parteien aufgestellt worden: Bei der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung) Stricker, Fritz Hanke aus Neusalz; bei der Kommunistischen Partei Deutschlands praktischer Arzt Dr. Siegfried Bernhardt aus Kölzig; bei der Deutschen Volkspartei Bäckermeister und Stadtverordneter Fritz Heinrich sowie Chefarzt Dr. Walter Bergemann, beide aus Grünberg; bei der Deutschen Staatspartei Kaufmann Walter Urbach aus Grünberg.

* Jubiläum. Sein 40jähriges Dienstjubiläum begeht heute Justizoberstleutnant Karl Brösel vom hiesigen Amtsgericht. Der Jubilar trat am 4. 11. 1882 beim Infanterie-Regiment von Winterfeld, 2. Oberstl. Nr. 28, ein, wurde am 1. Oktober 1894 zum Unteroffizier befördert und blieb auch bis zu seinem Übertritt in den Justizdienst am 1. Juli 1906 seinem alten Regiment in den verschiedensten Dienststellungen treu. Nachdem der Justizdienst den Jubilar nach Biegenhals, Neisse, Frankenstein, Breslau und Winzig geführt hatte, kam der Jubilar am 1. März 1911 als Gerichtssekretär nach Grünberg. Der Weltkrieg rief den alten Soldaten wieder zu den Waffen, und er nahm 8 Jahre lang an den Kämpfen im Osten teil. Er wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet und zum Leutnant der Landwehr befördert. Im Jahre 1922 wurde der Jubilar zum Justizoberstleutnant ernannt. Alle Beamten des hiesigen Amtsgerichts beklagen sich über seine Verdienste.

* Auszeichnung durch die Landwirtschaftskammer. Die Niederschlesische Landwirtschaftskammer in Breslau hat dem Winzermeister Bender in Anerkennung seiner Leistungen im Weinbau bei der diesjährigen Preisverteilung eine silberne Preisschale verliehen. Herr Bender, der einer rhein-hessischen Winzerfamilie entstammt, hat seit 24 Jahren für die Erhaltung und den Fortbestand des Grünberger Weinbaus in erfolgreicher Weise gearbeitet; sein Privatgarten an der Schillerhöhe, der alljährlich reiche Ernten bringt, zeigt, daß bei genügender Sachkenntnis der Nebstock auch heute noch dem Grünberger Boden die höchsten Erträge abzuringen vermag. Die Überreichung fand am Montag vormittag in den städtischen Weinbergen, die Herr Bender gegenwärtig betreut, durch Direktor Hoffrichter von der Lehranstalt für Obst-, Wein- und Gartenbau im Beisein von Stadtbaudirektor Ribbeck statt.

* Ernennungen. Zu Steueresekretären ernannt wurden die Steueraffärente Breyer in Grünberg, Starke und Müller in Freystadt.

* Regiments-Trachten-Museum des Verbandes ehemaliger 4er. In Freystadt wurde ein Regiments-Trachten-Museum des Verbandes ehemaliger 4er (Graf-Kirchbach-Bund) in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden General Düwell aus Görlitz ins Leben gerufen, der zwei wertvolle Schlachtenbilder aus der Kriegsgeschichte des Regiments als Grundstock dem Magistrat der Stadt Freystadt zu Händen des Bürgermeisters Dr. Ribentrop übertrug. Die Bilder fanden eine würdige Aufstellung in der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Freystädter Heimatmuseums.

Reichstagswahl	
Wahlkreis Liegnitz	
1	Nationalsozialistische Arbeiterpartei Hitlerbewegung Brückner – Dr. Frank 11 – Heines – Jenzen
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Löbe – Buchwitz – Meier – Nemitz
3	Kommunistische Partei Deutschlands Heckert – Chwalek – Franz – Balzer
4	Deutsche Zentrumspartei Dr. Brüning – Dr. Schaufler – Leuninger – Rathmann
5	Deutschationale Volkspartei von Budig – Dr. Kiepner – Glaeser – Niedlich
7	Deutsche Volkspartei Schmidelpennig – Denzig – Schmidt
8	Deutsche Staatspartei Dr. Körner – Schwedler – Hartung – Mann
9	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) Benedikt – Eitner – Langner – Schulz
9a	Schichtsgemeinschaft deutscher Erwerbslosen, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront) Praefek – Bangert – Woitas
10	Reichspartei des Deutschen Mittelstandes Drews – Bredt – Schmidt – Köster
13	Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-Partei) Domisch – Janke – Altschle – Kolshorn
14	Vollrecht-Partei Bauer – Dr. Graf v. Pojadowsky – Wehner – Brink – Teuffert
17	Soz.-Republik. Partei Deutschlands (Höring-Beweg. für Arbeitsbesch.) Höring – Dr. Heimann – Hauff – Hilmann
18	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands Ledeboer – Golick – Zelt – Bauer
19	Polenliste Koziolek – Bozek – Witeczak – Myslwiec
21	Freimaurer-Partei Deutschlands (Partei f. Freimaurer, Volkswirtsh.) Kramer – ter Weeme – Fleischer – Naegele
25	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern Hesse – Bawley – Mergner
26	Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer Beck – Preusch – Sielmann – Huhn
27	Handwerker, Handel- und Gewerbetreibende Nichter – Möseler
28	Radikaldemokratische Partei Encke – Braunert – Brindermann – Hänsch

das sehr wertvolle Erinnerungen aus dem Weltkriege ent- hält und nun in Zukunft auch alle Erinnerungen an das ehemalige Infanterie-Regiment Graf Kirchbach Nr. 46 sammeln und der Nachwelt erhalten wird.

* Der Volksbund für Freiwilligen Arbeitsdienst hat ein neues Lager in Attendorn bei Schlechtingen errichtet. Die Freiwilligen werden auch dort an der Regulierung der Bartsch beschäftigt. Etwa 100 Mann können dort noch Aufnahme finden, und zwar aus den Städten Neuss, Grünberg und Freystadt und den umliegenden Ortschaften. Meldungen sind sofort bei dem zuständigen Arbeitsamt anzubringen.

* Ein allgemeines Abrüsten hat nunmehr nach Beendigung der „Glückstage“ in den Straßen der Stadt eingesetzt. Gestern wurden die elektrischen Anlagen abgenommen. Nur ab und zu sah man abends noch einige Privatanschlüsse in „Schönheit“ prangen. Die Verkaufsstände und das Podium auf dem Ringe mussten „beim Abbau“ am ersten „dram glauben“. Auch die Mästen und was drum und dran hängt, werden bald beseitigt werden. Die Tage der Hoffnung und des Glücks sind vorbei und die Stadt wird wieder das „gewöhnliche“ Aussehen zeigen.

* Reiche Sternschnuppenfälle werden in nächster Zeit, d. h. wenn der Himmel klar ist, zu beobachten sein. Es handelt sich um den Leonidenschwarm, dessen größte Tätigkeit in den Tagen vom 10. bis 17. November liegt.

* Das städtische Wohlfahrtsamt gibt folgendes bekannt: Der Magistrat hat beschlossen, die Pflichtarbeit für dieses Jahr, soweit sie in Außenarbeiten besteht, mit dem 9. November 1932 einzustellen. Die Wohlfahrtsverwaltung ist aber ermächtigt, aus fürsorgerischen Gründen oder wenn es das städtische Interesse erfordert, Wohlfahrtsarbeitslose zur Pflichtarbeit heranzuziehen. Die Wohlfahrtsarbeitslosen haben nach dem 9. November 1932 zu den vom Arbeitsamt festgesetzten Stempelkontrollen zu erscheinen. Unberechtigte Versäumnis hat den Entzug der Wohlfahrtsunterstützung zur Folge. Wohlfahrtsarbeitslose, die noch Pflichtarbeit nachzuleisten haben, haben diese noch zu verrichten. Es wird auch darauf aufmerksam gemacht, daß mit der Einführung der Pflichtarbeit die Ausgabe der Brotkarten und der Beihilfen für Schuhwerk aufhört, da diese Sonderzuwendungen nur als Arbeitsprämie den Pflichtarbeiterinnen gewährt werden.

* Von Landwirten, die sich in der Umschuldung im Sicherungsverfahren befinden, werden nicht immer ihre sämtlichen Schulden angegeben. Das kann zu unliebsamen Folgen führen, denn die Landstelle kann diese Schuldner aus der Umschuldung ausschließen und der Gläubiger hat das Recht, bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag zu stellen.

* In der Großen Fabrikstraße sind nunmehr die Arbeiten zur Neupflasterung aufgenommen worden. Gegenwärtig ist man mit der Auffüllung der Bordsteine beschäftigt. Neben den Bäumen wird ein Radfahrerweg angelegt.

* In sehr schlechtem Zustand befindet sich der rechtsseitige unbefestigte Weg in der Freystädter Straße von der Ecke Ochelhemsdorfer Straße bis zur Brauerei. Bei nassen Wetter versinken die Wagen, wenn sie an dieser Stelle beim Aussteigen den Weg benutzen müssen, tief im Schmutz. Eine baldmöglichste Befestigung wäre am Platze.

* Durch aufspritzenden Straßenschmutz, verursacht durch schnelles Fahren, besonders in den engen Straßen der Stadt, ist bei dem regnerischen Wetter der letzten Tage die Kleidung vieler Passanten grau in grau gemacht worden. Auch Händlerinnen, Kaufleute werden dabei von oben bis unten „bedreht“. Es sei daher darauf hingewiesen, daß die Führer der Kraftfahrzeuge wegen Sachverständigung zur Verantwortung gezogen werden können, wenn nachzuweisen ist, daß der Schaden zu durch schnelles Fahren entstanden ist. Bei vorsichtigen Fahren läßt sich solcher vermeiden.

* Der Kanarienzüchter-Verein Edelroller E. V. Grünberg hielt am 20. v. M. seine Monatsversammlung im „Grünen Kraan“ ab, die vom 2. Vorsitzenden geleitet wurde. Der 1. Kassierer erstattete die Abrechnung vom 3. Quartal. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Nach Erledigung der Bundeis eingänge wurde nochmals die am 20. d. M. im Vereinslokal stattfindende Vereinsprämierung durchgeführt. Als Preise werden Bargeld, Diplome und Medaillen vergeben. Angemeldet zur Prämierung wurden 15 Kollektionen (60 Bögen). Das Amt des Preisgerichts hat Herr Groß (Breslau) übernommen. Einige Anfragen standen noch Erledigung. Die Versammlung war gut besucht.

Str.
* Wem ist in Grünberg im Oktober d. J. das Herrenfahrrad Marke „Swantewitt“ Nr. 102587 oder das Herrenfahrrad Marke „Torpedo“ Nr. 385151 gestohlen worden? Oder wer hat eines dieser Fahrräder einem Handwerksburschen verkauft. Zweckdienliche Angaben erbitte die Kriminalpolizei, Oberforstrasse 5, Zimmer 9.

Lages-Nachrichten aus aller Welt.

„Graf Zeppelin“ in Friedrichshafen gelandet.

Friedrichshafen, 3. November. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist 15.08 Uhr hier glatt gelandet. An Bord befanden sich 21 Passagiere. Die Führung hatte Kapitän Lehmann.

„Towarischsch Stalin“ wieder flott.

Kopenhagen, 3. November. Nach einem hier eingetroffenen Funkspruch des Kapitäns des Dampfers „Fajon“ konnte der an der Westküste Spitzbergens gestrandete sowjetische Dampfer „Towarischsch Stalin“ mit Hilfe des russischen Dampfers „Kristianini“ sowie fünf englischen und deutschen Fischerdampfern nunmehr wieder flott gemacht werden. Passagiere und Besatzung des „Towarischsch Stalin“ befinden sich wohl.

Artisten-Tragödie.

Ger. a. 3. November. Im Stadtteil Tinz hat ein Artist seine Geliebte aus Eifersucht erstochen und sich selbst entlebt. Güterzug fährt in Arbeiterkolonne — drei Tote.

Hamburg, 3. November. Unweit der Elbbrücken ist Donnerstag nachmittag ein Güterzug in eine Arbeiterkolonne hineingefahren. Drei Arbeiter wurden getötet, zwei haben schwere Verlebungen erlitten.

Hamburg, 3. November. Wegen des schweren Unfalls, der sich heute nachmittag unweit der Elbbrücken ereignete, und drei Rotenarbeiterinnen das Leben kostete, ist der Rotenfänger Krupa festgenommen worden. Krupa, dem vorwurfsgemäß ein Mann als Aufsichtsposten zur Verfügung stand, hat diesen Mann in der Rote mitarbeiten lassen, statt ihn seiner Bestimmung entsprechend zu verwenden. Nur diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß der Zug in die Arbeitergruppe hineinfuhr.

Ernennungen im diplomatischen Dienst.

Acht neue Gesandte.

Der Reichspräsident hat ernannt:

Den Generalkonsul Dr. Freiherrn von Grünau zum Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt; den Vortragenden Legationsrat Dr. Rat von Adelmannsfelden zum Generalkonsul in Katowitz; den Ministerialrat a. D. Dr. Zehl zum Gesandten in Mexiko; den Gesandten a. D. Dr. h. c. Freitag zum Gesandten in Lissabon; den Gesandten Dr. Schmidt-Elslop-Montevideo zum Gesandten in Rio de Janeiro; den Gesandten von Bülow, Asuncion, zum Generalkonsul in Kalkutta; den Gesandten a. D. Weiß zum Gesandten in Münanon; den Vortragenden Legationsrat Dr. Grobba zum Gesandten in Bagdad; den bisherigen Unter-generalsekretär des Völkerbundes, Freiherrn Dufour von Fervore, zum Gesandten in Belgrad; den Gesandtschaftsrat Dr. Pistor zum Gesandten in Quito; den Generalkonsul in Jerusalem Dr. Dörd zum Gesandten in Bangkok.

Mit der Leitung der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes wird der Gesandte in Riga Dr. Stieve betraut.

Freundliche Aufnahme des neuen deutschen Botschafters in London.

London, 3. November. „Daily Telegraph“ schreibt, die Tätigkeit Herrn von Hoesch in London werde wegen seiner persönlichen Bekanntschaft mit französischen Staatsmännern und wegen seiner Kenntnis der französischen Politik einen Gewinn sowohl vom internationalen Standpunkt aus wie für sein eigenes Land bedeuten.

Völkerbundsrat am 21. November.

Genf, 2. November. Nach einer heute veröffentlichten Note der japanischen Delegation an den Generalsekretär des Völkerbundes ist anzunehmen, daß der Völkerbundsrat zur Behandlung des Lyon-Berichts über die mandchurische Frage am 21. November zusammenentreten wird. Man rechnet mit einer zwei- bis dreiwöchigen Tagung des Völkerbundsrates, der sich eine Tagung des von der außerordentlichen Völkerbundversammlung eingesetzten Neuzehner-Ausschusses und dann die außerordentliche Völkerbundversammlung selbst anschließen wird.

Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz.

Genf, 3. November. Das Büro der Abrüstungskonferenz hat heute seine Arbeiten über die Ausführung der Resolution vom 28. Juli, mit der der erste Abschnitt der Abrüstungskonferenz abgeschlossen worden ist, fortgesetzt. Präsident Henderon berichtete über den Stand der Arbeiten, als deren Ergebnis einige Berichte dem Büro vorgelegt worden sind.

Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer besichtigt jungdeutsches Arbeitslager am Albrechtsbach.

Kürzlich besichtigte Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer in Begleitung des Sächsischen Innen- und Arbeitsministers Richter das Lager des Freiwilligen Arbeitsdienstes Grünau am Albrechtsbach (bei Bautzen), das vor Jahresfrist vom Jungdeutschen Orden als erstes deutsches Arbeitsdienstlager eingerichtet worden war. Der Minister äußerte sich sehr anerinnend über das Gefehn und sprach seine Bewunderung über das Geschaffene (Regulierung des Albrechtsbaches, Bau neuer Brücken usw.) aus. Sein Erstatter äußerte er darüber, mit welch geringen Mitteln die Finanzierung dieses müsterhaften Lagers durchgeführt worden ist. Die Ordnung, Sauberkeit und der guten Einbildung der jungen Leute hob er besonders hervor. Aus diesem ersten deutschen Arbeitsdienstlager sind auch schon zahlreiche Führer an andere Lager abgegeben worden.

Im ganzen hat der Jungdeutsche Orden jetzt 278 Arbeitslager eingerichtet.

Ostpreußens Handwerk fast ohne Arbeit.

Keinerlei Wirkung der Ankurbelung im Oktober.

Die Erwartung, die das Handwerk in Ostpreußen an die Ankündigung einer Wirtschaftsanerkelung knüpfte, sind bisher gründlich enttäuscht. Der Handwerkskammerbericht bezeichnet die Lage des ostpreußischen Handwerkes im Monat

Oktober als außerordentlich schlecht. Im Buchdruckergewerbe ist zwar eine saisonmäßige Besserung zu verzeichnen, doch konnten Arbeiter trotzdem nicht eingestellt werden. Das Schmiedehandwerk liegt daneben. Das Fleischerhandwerk verzeichnet eher eine Verschlechterung. Im Bäckerhandwerk sind Arbeitslosigkeit und Geldknappheit unverändert; besonders wird geklagt über die Konkurrenz von Brotbäckereien der Landwirtschaft, die in den Städten oft eine starke Käufermacht finden, ohne den gleichen geistlichen und gewerbe-politischen Vorrechten unterworfen zu sein, wie die Gewerbebetriebe. Im Müllerhandwerk ist der Mehlabsatz so schlecht, daß ein Teil der Roggenmühlen ihre Betriebe ganz stilllegen mußte und auch die Weizenmühlen nur wenig Weizen aufnehmen konnten.

tschechoslowakische Regierungserklärung.

Prag, 3. November. Ministerpräsident Malýpetr gab heute in beiden Häusern der Nationalversammlung die Regierungserklärung ab. Der Ministerpräsident betonte, die Regierung halte es für ihre erste Pflicht, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Das Defizit von etwa 1150 Millionen Kronen müsse durch Ausgabenverminderung gedeckt werden. Neben der Einschränkung der Sachausgaben werde auch eine Herabsetzung der Personalausgaben, zunächst auf die Dauer von zwei Jahren, notwendig werden. Die Regierung hoffe ferner, daß es gelingen werde, die Arbeitslosigkeit zu vermindern und werde ihrerseits durch zweimäßige Investitionen hierzu beitragen. In den Fragen der Außenpolitik werde die neue Regierung weiter an der Festigung des Friedens und an der Verständigung der Nationen arbeiten.

Erledigung der Ottawa-Abkommen im Unterhaus.

London, 4. November. Das Unterhaus nahm gestern abend in dritter Lesung mit 416 gegen 68 Stimmen die Gesetzesvorlage über die Ottawa-Abkommen an.

London, 14. November. Wie Reuter mitteilt, wird die englische Regierung nunmehr nach Beendigung der Ottawa-Konferenz mit Deutschland, den drei skandinavischen Staaten und mit Argentinien in Verhandlungen eintreten, um neue Grundlagen für den Handel zu beraten.

Flugzeug im Schneesturm abgestürzt.

München, 3. November. Das Leichtflugzeug „1678“, mit dem der Pilot Morzik 1930 den Europapring gewann, wurde bei Oberankenreute von einem heftigen Schneesturm an einen Fabrikschornstein geschlendert und stürzte aus beträchtlicher Höhe ab. Die rechte Tragfläche ging vollständig in Trümmer, die Steuerung wurde zertrümmert und der Motor aus der Maschine gerissen. Der Flugzeugführer Pummer aus München erlitt, ebenso wie sein Fahrgast Bläger, außer einer Gehirnerschütterung schwere andere Verlebungen.

Die Maschine, die das nationalsozialistische SA-Zeichen trug, war zu einem Werbeszug nach Friedrichshafen eingeflogen, auf dem Rückflug nach München ereignete sich das Unglück.

Zum Flugzeugunglück über dem Spessart

Über den Flugzeugunglück im Spessart gibt der Reichsverkehrsminister folgendes bekannt: Die Unterbindung durch die Landesbehörde an welcher sich der Reichsverkehrsminister durch einen Kommissar der deutschen Verkehrsanstalt für Luftfahrt beteiligt hat, hat zu folgendem Ergebnis geführt.

Flugzeugführer Schulz hat Teile der Strecke Nürnberg-Frankfurt a. M. in Wolken liegen müssen. Es herrschte Gegenwind. Über dem Spessart ist der Flugzeugführer — wahrscheinlich in dem Glauben, das Gebirge bereits passiert zu haben — nach unten durchgestoßen, um vor Frankfurt rechtzeitig Erdfeuer zu erhalten. Beim Heraustreten aus den Wolken befand er sich in einem engen, von bewaldeten Höhen umgebenen Talessel. Das jäh Hochwerfen des Flugzeuges aus der unerwarteten gefährlichen Lage hat offenbar eine Überbeanspruchung des Tragwerks hervorgerufen, der kein Flugzeug gewachsen ist. Der linke Flügel ist bei diesem Vorgange abgebrochen. Der Unfall gleicht dem Flügelbruch, dem jenernein der bekannte Weiterflieger Nehring beim Heraustreten aus den Wolken in anormaler Fluglage zum Opfer gefallen ist. Der Befund der abgebrochenen Fläche läßt die Aufklärung des Unfalls als einwandfrei erscheinen. Der Motor ist nach dem Stande der Instrumente bis zum letzten Augenblick in Ordnung gewesen.

Sport - Spiel - Turnen

Fußball

Um die niederschlesische Meisterschaft.

Der SC. Jauer ist durch die Schriftmacherdienste des FC. Brix 08 Liegnitz wieder zur Führung gekommen. BVB. Liegnitz und Schlesien-Hannau stehen jetzt punktgleich vor Brix 08 Liegnitz und Sportfreunde Grünberg. Der kommende Sonntag bringt nur 2 Treffen, die aber bestimmt wichtig genug sind. SC. Jauer empfängt den SC. Schlesien-Hannau. Jede Mannschaft wird bemüht sein, die wichtigen Punkte zu gewinnen. Wenn Hannau einigermaßen schlägt, ist auch das Spiel in Jauer zu gewinnen und dann würde BVB. Liegnitz und Schlesien-Hannau die Tabellenführung übernehmen. In Liegnitz ist der Ausgang des Spiels zwischen dem Tabellenletzten SV. 1898 Liegnitz und Preußen-Glogau noch ungewis. Glogau war zuletzt schlecht, die Ober dagegen sollen besser geworden sein, so daß ein Sieg der Liegnitzer möglich sein könnte. BGS.

Südostdeutsche Meisterschaft im Januar.

Der Südostdeutsche Fußballverband hat den Beginn der Spiele um die Südostdeutsche Fußballmeisterschaft 1932/33 für beide Kreise auf den 15. Januar festgesetzt.

Rad Sport

Berliner Geschstage-Rennen.

Das Radselraten um die Befreiung des 28. Berliner Geschstage-Rennens, das am 9. November im Sportpalast begann, ist nun beendet. Ein Dutzend Mannschaften sind fest verpflichtet und nur über die Wahl des letzten und 18. Paars Fonda-Maidorn oder Rausch-Hürtgen sind die Veranstalter noch nicht einig geworden. Durch die Abstimmung des erkrankten Schweizer Michael ist noch eine Aenderung notwendig geworden. Der freigewordene Franzose Guimbretiere bildet jetzt mit seinem Landsmann Broccardo eine Mannschaft, die

mit sehr guten Aussichten in das lange Rennen geht. Nachstehend die Starter-Liste: Guimbretiere-Broccardo, Piet van Kempen-Bilzenburg, Buisse-Billiet, Bresciani-Bulla, Tieck-Schön, Rieger-Schmer, Kroll-Mietke, Siegel-Thierbach, Bischenhagen-Wessig, Buse-Nacanysti, Gebr. Niedel, Ahlers-Becker, Fonda-Maidorn oder Rausch-Hürtgen.

Motorsport

Motorradweltrekord wieder in deutschem Besitz.

Ernst Henne-München gelang es, am Donnerstag auf einer 750-Kubikzentimeter-BMW-Maschine den absoluten Schnelligkeitsweltrekord für Motorräder für Deutschland zurückzuerobern. Henne, der bereits vor 2 Tagen für die Dreiviertelliterklasse mit 239,080 Stundenkilometern eine neue Weltrekordleistung herausgefahren hatte, setzte am Donnerstag auf der Betonstrecke in Tat bei Budapest seine Versuche fort, die von besten Erfolgen gekrönt waren. Der Münchener durchflogte den Kilometer mit fliegendem Start nach der elektrischen Zeitmessung in 14,78 Sekunden, bedeckte dabei in der Sekunde 67,8 Meter und erzielte so den phantastischen Stunden durchschnitt von 244,299 Kilometer. Inhaber des bisherigen Schnelligkeitsrekordes war der Engländer Joe Wright, der am 6. November 1930 auf der neuen Rennstrecke bei Cork in Irland mit einer OEG-Temple-Spezialmaschine mit einem Stunden durchschnitt von 242,004 Kilometer Henne erreichte den Rekord beim 2. Start. Durch die enorme Geschwindigkeit wurde der Rekord des Reitens völlig zerstört, so daß er zu seinem 3. Versuch über eine englische Meile (1000 Meter) einen neuen Punkt aufstellen mußte. Henne gelang es, auch über dieser Strecke einen neuen Schnelligkeitsrekord aufzustellen, denn er durchfuhr die Meile in 24,44 Sekunden, holte damit einen Stunden durchschnitt von 237,054 Kilometer heraus und übertraf seine im Vorjahr mit 234,173 Stundenkilometer aufgestellte Höchstleistung ganz beträchtlich.

Ernst Toller: „Die blinde Göttin.“

Uraufführung im Raimund-Theater in Wien.

Der Fall des schweizerischen Bandarztes, der beschuldigt war, mit Hilfe einer in seinem Hause lebenden Assistentin, mit der ihn noch dazu ein Liebesverhältnis verband, die eigene Ehefrau durch Gift aus dem Wege geräumt zu haben, ist aus den mehrfachen und wiederholten Erörterungen der Tageszeitungen im Gedächtnis: das Paar wurde auf Indizien hin schuldig befunden und zu langfristigem Arrest verurteilt, nach einigen Jahren im Wiederaufnahmeverfahren mangels schlüssiger Schuldweise freigesprochen. Die Zeit hatte die gleichen Indizien, die zwei Gerichten vorgelegen, so gut wie zunächst gemacht, aufgestreift; sie waren nicht mehr da, so völlig, als wären sie nie dagewesen. Die beiden verschwanden aus dem Um- und Interessenkreis der Öffentlichkeit. Die Sensation war erledigt; ein Justizrat durch Entschädigung für unschuldig erlittene Haft verließ. Wie die zwei Menschen ihr Leid getragen und ertragen haben möchten, kümmerte niemand.

Am Ende von Ernst Tollers Drama „Die blinde Göttin“ sagt die Schauspielerin Lucie Mannheim, die hier die der Mordhilfe Beschuldigte und Verurteilte darstellt, aus der Inszenierung des Regisseurs Jürgen Fehling über eine unendlich weite Bühne in einen entlegenen, dem Interessenkreis der Öffentlichkeit entzogenen Hintergrund verschwindet, erfüllt von einem Leid, dessen Weinen nicht wiedergegeben werden kann: „Wir werden es nie vergessen.“ Es ist wahr, und der erfahrene Dichter bekräftigt es nur neu: sie werden es nie vergessen, sie, diese von der blinden Göttin Abgeurteilten. Der Dichter Ernst Toller spricht in diesem Stück trauriger und trügerischer davon, als es sonst seine Art ist; hier sind mehr Ankläge an Vormorgen und Schwalbenbuch merkbar, als an Maschinenstürmer und Wandlung; das Drama kämpft nicht laut, es ist fast schweigsam, und doch ein bereites Sprechstück. Einiges ist von scharfer, realer, der Wiedergabe der Wirklichkeit entsprechend nüchterner Art; manches reine, von einem tiefen

Rhythmus geschwollte Lyrik. Im Werk Ernst Tollers nimmt dieses Drama einen ersten Rang ein; auch in der Dramatik des Jahres. Es ist fesselnd, wahr, erregend und gedichtet.

Benutzt die Mittags-D-Züge!

Witterungs-Beobachtungen vom 3. und 4. November.

Stunde	Barometer in mm	Temperatur in °C	Luft- feucht- igkeit in %	Wind- richtung u. Wind- stärke 0-12	Be- wölkung 0-10	Nieder- schläge in mm
9 Uhr abends	750.9	+11.2	98	W 7	10	0.5
7 Uhr früh	751.8	+10.1	90	SW 8	8	0.7
1 Uhr nachm.	751.2	+15.2	54	SW 4	1	—

Niedrigste Temperatur der letzten 24 Stunden: + 9.6.

Im Bereich der eingeströmten Warmluft hat sich föhnige Aufheiterung eingestellt. Infolgedessen steigen die Temperaturen tagsüber an. Nur in den Morgenstunden dürfte es stellenweise zu Nebelbildungen kommen.

Wie wird das Wetter am Sonnabend sein?

Bei südwestlichen Winden tagsüber vorwiegend föhniges und für die Jahreszeit warmes Wetter; erst später Bewölkungsanahme.

Reichsrats-Beratungen vertraulich.

Die Verfassungsfragen vor dem Reichsrat.

Berlin, 3. November. Auch die interne Besprechung der Ländervertreter dauerte nur kurze Zeit. Sowohl die Ausschüttung als auch diese Konferenz waren streng vertraulich; irgendwelche Auskünfte über den Verlauf der Besprechungen waren nicht zu erlangen. Der endgültige Termin für die nächste Ausschüttung steht noch nicht fest; es ist lediglich in Aussicht genommen, daß sie Ende nächster Woche stattfinden soll.

Im Anschluß an die interne Besprechung der Ländervertreter hatte der Preußische Ministerialdirektor Dr. Brecht noch eine vertrauliche Aussprache mit Provinzialvertretern. Aber auch über diese Verhandlungen wurde von den Beteiligten strenges Stillschweigen bewahrt. Allgemein wird in Kreisen des Reichsrats wie der Reichsregierung erklärt, eine Entscheidung der Verfassungsstreitfragen werde erst erfolgen können, wenn das Ergebnis der Reichstagswahlen des 6. November vorliege. Aus diesem Grunde dürfte auch die nächste Sitzung des Verfassungsausschusses des Reichsrates auf das Ende der nächsten Woche gelegt worden sein.

In Kreisen der Reichsregierung erwartet man, wie das Nachrichtenbüro des VDZ hört, daß die Mitglieder des Reichsrates selbst die Lage schon wesentlich ruhiger beurteilen werden, wenn am Dienstag der nächsten Woche die Ausschüttverhandlungen über die Rundfunk-Richtlinien zu allgemeiner Zufriedenheit abgeschlossen sein würden. In der neuen Sitzung des Verfassungsausschusses Ende der nächsten Woche werden im wesentlichen nur die schwierigen Reichsfragen behandelt werden können; denn ein Entwurf des Reichsinnenministeriums für die Verfassungsreform dürfte bis dahin noch nicht vorliegen.

Bürgersteuer 1933.

Magistratsbeschluß vom 27. 9. 1932.

11. 10.

Der Magistrat beschließt, für das Kalenderjahr 1933 eine Bürgersteuer von 500 vom Hundert des Landessatzes zu erheben.

gez. Lemme, Kaufke, Raabe.

Vorstehender Beschluß wird gemäß der Preuß. Verordnung über die Bürgersteuer 1933 vom 29. 9. 1932, Gesetzsammlung Seite 923, hiermit genehmigt.

Viegnitz, den 15. Oktober 1932.

Der Regierungspräsident.

L. 9. Nr. 5333.

3. 11.
(L. S.)

gez. Jenner

Veröffentlicht.

Der Magistrat Grünberg. 31. 10. 32.

In unser Handelsregister A ist heute der unter Nr. 241 eingetragene Name Löbner & Co. in Grünberg, folgendes eingetragen worden: Selle der durch Tod ausgeschiedenen Maria Löbner und beide Erbangehörige als Gesellschafter getreten Otto Günther Krebel, geb. 10. 1915, Moritz Walter, Kurt Krebel, geb. 3. 9. 1919, beide in Ilmenau, Thür. Carl Opdenhoff ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Als Gesellschafter sind eingetreten Frau Sophie Opdenhoff geb. Dohrmann in Grünberg, geb. 1. 1901, Walter, Kurt Krebel, Kapitän a. D. Walter Krebel in Ilmenau. Die Gesellschafter sezen das Geschäft unter unveränderter Firma fort. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur Frau Sophie Opdenhoff geb. Dohrmann ermächtigt.

Amtsgericht Grünberg Schl. 31. 10. 1932.

Amtliche Bekanntmachung der Stadt Rothenburg-Oder. Gerichtstag.

Der nächste Gerichtstag findet hierfür am Montag, dem 7. November 1932, im unteren Sitzungszimmer des Rathauses statt.

Rothenburg-Oder, den 3. November 1932.

Der Magistrat.

3. 11. Paulig.

Amtliche Bekanntmachung der Stadt Deutschwartenberg.

Alle Jagdgenossen des Jagdbezirks im Gemeindebezirk Deutschwartenberg

werden hiermit für Dienstag, den 8. November, abends 8 Uhr, zu einer Versammlung im Ratstellersaal eingeladen. Tagesordnung: Ermäßigungsantrag des Jagdwächters.

Deutschwartenberg, den 4. Nov. 1932

Der Jagdwächter.

Amtliche Bekanntmachung der Stadt Christianstadt (Bober).

Durch Verordnung des Preußischen Ministeriums des Innern vom 15. Oktober d. J. ist folgendes bestimmt worden: Der Auschank von Brantwein und der Kleinhandel mit Trinkbrantwein ist am Sonnabend, den 5. und Sonntag, den 6. November 1932, bis zur Polizeistunde verboten.

Zu widerhandlungen werden mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150.— M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Christianstadt (Bober), den 8. Novbr. 1932.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde.

Dr. Dahme.

Freiwillige Versteigerung.

Morgen, Sonnabend, ab vorm. 10 Uhr, versteigere ich freiwillig im Grünberger Auktionshaus, Gr. Fabrikstraße 9, folgende Sachen:

1 Kleider- und Wäschekrank, 1 Speiseschrank, 1 Gründose, verschied. Schreibtische, Garderobenständer, gute Kinderwagen, 1 Kinderschreibtisch, 1 Posten Biergläser, (Schoppen) neue Eichung, 1 Handwagen, 1 Herrenrad, 1 Ladeneinrichtung, 1 Posten Damenschuhe, 1 Heilapparat, sowie den Restposten Konfektionswaren u. v. a. mehr.

Helmut Scholz, freiwilliger Versteigerer.

Täglich geöffnet von 9-6 Uhr.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Bövadel v. A. Kreis Grünberg/Schles., Band 18 Blatt Nr. 445 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 6. Dez. 1932, vormittags 10 Uhr, an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 3, versteigert werden:

Lfd. Nr. 1, Gemarkung Bövadel, Flurbuch Kartenblatt Nr. 8, Parzelle Nr. 170/1, 171/1 etc., Grundsteuermutterrolle Art. 85, Gebäudesteuermutterrolle Nr. 28, Hofgarten nach Schmelz und Hofgrum ebendort mit Zweiboden, Einst. und Tischlerwerkstatt, Größe 18 x 26 qm, Gebäudesteuererhöhungswert 261 M.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. Juli 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals der Tischler Udo Kautschke in Bövadel eingetragen.

Amtsgericht Kontopp, den 17. Okt. 1932.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Kölzig, Kreis Grünberg/Schles., Band VIII, Blatt Nr. 264 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am

13. Dezember 1932, vormittags 10 Uhr, an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 3, versteigert werden.

Lfd. Nr. 6, Gemarkung Kölzig, Flurbuch Kartenblatt Nr. 13, Parzelle Nr. 206/188, 207/188 etc., Grundsteuermutterrolle Art. 285, 71 Gem. Lippe, Gebäudesteuermutterrolle 150, Acker Plan 278 rot, Wohnhaus, Wiese bei der Storchlaube; Flurbuch Nr. 11, Parzelle Nr. 45, Plan 151, Acker und Wiese, die neue Wiese; Flurbuch Nr. 18, Parzelle Nr. 361/149, 396/143, Plan 257, Acker im Dorfe am Plan 598 rot; Flurbuch Kartenblatt Nr. 19, Parzelle Nr. 252/21, Grundsteuermutterrolle Art. 315; Größe 2 ha 36 a 48 qm, Grundsteuerertrag 9,10 Taler, Gebäudesteuererhöhungswert 75 M.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. August 1932 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer waren damals der Bauunternehmer Bruno Gregor aus Kölzig eingetragen.

Amtsgericht Kontopp, den 17. Okt. 1932.

Sonnabend auf dem Wochenmarkt!

Reste

Leinenhaus E. Herrmann,

Berliner Straße 57.

Heimarbeit

Rundstrickmaschine, wenig gebraucht, zu verkaufen

W. Hoffmann, Bawaldau Nr. 111.

1000 Mark

auf 1. Hypothek aus Privathand gesucht. Off. u. T.F. 152 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Herrschaft Deutschwartenberg

Brennholz-Berlauf.

Am Montag, den 7. November 1932, von vormittags 10 Uhr an, kommen im Gastehaus des Herrn Bock in Drentlau öffentlich meistbietend zum Verkauf:

Rebier Drentlau:

Jagen 124, 127, 128, 129, 130, 142, 144.

Kiefer 20 im Schleife,

20 im Endholz,

800 cm Riesig 1.

Das vorläufige

Rindhäute, Kalbselle,

Ziegen-, Schaf-, Reh-,

Hase- und Kaninchenselle

kauf

Erich Ludwig,

Kathol. Kirchstr. 5.

Sichere Existenz!

Grundstück mit Kolonialwaren- u. Getreidegeschäft in großem Dorf, andern Unternehmens wegen, billig zu verkaufen.

Öffnen unter S. T. 142 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Auf dem südlichen Grundstück Niederstraße Nr. 87 a (früher Schule) sind zwei günstig gelegene

Speicheräume

vom 1. Januar 1933 ab zu vermieten.

Angebote sind bis zum 15. November

d. J. an den Magistrat, Rathaus, Zimmer Nr. 8, zu richten.

Magistrat Grünberg. 28. 10. 32.

Wohnhaus

z. T. ländliche Näherrin

Landstraße, zu verkaufen.

Zu erfragen bei

Gebrüder Mischke,

Hochfeldstraße 19/20.

17-18 jähr., ehrliches fleißiges

Mädchen

das zu Hause schlafen kann, sofort gefüllt.

Wo? sagt

Evangelische in Stadt und Kreis Grünberg!

Zum fünften Mal in diesem Jahr wird um Eure Stimmen geworben. Lebende von Euch haben sich das letzte Mal zu den großen "nationalen" Parteien befehlt. Nun findet Ihr Euch nicht mehr zurecht im Gewirr der Fronten. Was gestern Freund, ist heute Feind!

Ihr seid enttäuscht und müde geworden?

Hand aufs Herz, Freunde, Ihr seid es! Warum? Weshalb? Wir hören Eure Antwort:

Sie hielten nicht, was sie versprachen!

Sie dienten nicht uns, sie dienten sich selbst!

Umsonst gekämpft, umsonst gehofft? Wo wollt Ihr jetzt hin?

Die Harzburger Front ist zerschlagen!

Heute behaupten ihre eigenen Anhänger, daß sie nie bestand. Sagte man Euch das von Anfang an? Nein, aber man versemte die, die in ehrlicher Erkenntnis das Spiel nicht mitmachten. Wir freuen uns über diese Berrissenheit nicht. Wir bedauern, daß wertvolle Kräfte sich aufzubauen zum Schaden unseres Volkes und zur Freude der Linksräder. Denn unhörbar, im Dunkel scheint sich die rote Front zu bilden. Wir warnen, dieser Parole zu folgen. Wollt Ihr Euch vom Linksräderismus ebenso enttäuschen lassen, wie von rechts? Denkt an Außen!

Rechts herrscht Zersplitterung, von links droht Gefahr?

Wer zeigt den Weg? Die Regierung Papen?

Zweifellos hat sie bei der Eigensucht der großen Parteien ihre Daseinsberechtigung. Wir begrüßen auch den Willen zur Autorität, aber wir warnen sie und die Deutschnationalen vor dem Wege, sich allein auf die Bajonette der Reichswehr zu stützen und nicht die Seele des Volkes zu suchen. Wir werden die Regierung nüchtern und sachlich beurteilen. Die Außenpolitik, für welche der Reichsbundler mit voll verantwortlich ist, ist nicht ohne Misserfolge geblieben.

Den Wirtschaftsplan halten wir für verfehlt.

Die soziale Einstellung der Regierung und die Befreiung der Arbeiter werden den Klassenkampf neu anfangen.

Im Kabinett scheinen Gayl und Neurath eine Sonderstellung einzunehmen. Wir begrüßen den Freiherrn von Gayl besonders wegen seiner unerschrockenen evangelischen Haltung und billigen seine Maßnahmen auf dem Gebiet der Innenpolitik.

Aber dem Gesamtbild des Kabinetts fehlt es an einer klaren christlichen Haltung.

Nicht die Worte, die Taten entscheiden!

Allen Plänen, allen Kämpfen von rechts und links fehlte bisher die Bezeichnung, die Bewegung vor den göttlichen Richtlinien auch in der Politik. Erst die elementare Verantwortung vor Gott kann zum gerechten Handeln gegen alle führen.

Deshalb ergeht an alle Evangelische der Ruf: Schließt Euch zusammen!

Schafft eine deutsche evangelische Front vom Arbeiter bis zum Industriellen!

Unsere Ziele sind klar: Friede und Gerechtigkeit nach Innen, Freiheit nach Außen.

Wir kämpfen für eine Aenderung der Verfassung, für eine autoritäre Staatsführung, die im Volke verankert sein muß. Geistige Grundlage für diese Verfassung muß das Sittengesetz des Christentums sein.

Sie muß zu einer Gerechtigkeit allen Ständen gegenüber führen und die Gleichstellung und Einordnung des Arbeiters sichern.

Das soziale Recht muß eine Vergewaltigung des Schwachen ausschließen. Koalitionsrecht, Tarifrecht, Schlichtungswesen und soziale Versicherung sind neu zu verankern.

Gegen den Klassenkampf fordern wir ständische Vertretung für alle Stände. Die Lasten, die eine Neuordnung der Wirtschaft jedem auferlegt, müssen gerecht verteilt sein. Stärkung des Innenmarktes und der Kaufkraft, ein großzügiges Ökoprogramm, Siedlung und Arbeitsdienst müssen die Arbeitslosigkeit überwinden.

Unser besonderer Schutz gilt der christlichen Familie als der Grundlage des Staates. Sie zu stärken durch Schaffung von gelinden Wohnräumen und sie zu schützen vor den Zerstörungen durch Arbeitslosigkeit, Alkohol und Sittenlosigkeit der Straße und der Lokale ist unsere Aufgabe als Christen. Wir kämpfen nach wie vor für die evangelische Schule und die bewußt evangelische Erziehung unserer Kinder.

Nach Außen hin ringen wir um die rücksichtslose, aber planmäßige Befreiung unseres Volkes. Dazu gehört auch das Recht der Behrfreiheit. Die deutsche Wehr ist der Jugend vornehmste und ehrenvollste Wirkungsstätte.

So leisten wir wahren Volksdienst unter der Parole:

Nichts für uns, mit Gott alles für das Volk!

Stärkt diesen Willen!

Heraus aus der Verwirrung!

Her zum christlich-sozialen Volksdienst

(Evangelische Bewegung)

Wählt Liste 9

Christlich-sozialer Volksdienst, Ortsgruppe Grünberg.

Volksbühne

3. Reihenvorstellung.

Gr. A: Dienstag, d. 8. 11. Pünktlich
Gr. B: Mittwoch, d. 9. 11. 8 1/4:

Gabriel Schillings Flucht

von Gerhart Hauptmann.

Mitgliederbeitrag: 1.— RM. monatl.
Karten für Nichtmitglieder: 2,50 RM.
Schüler und Erwerbslose: 0,50 RM.

Ein großer Posten Waschamt-Reste

Mit. nach Qualität 30 g. bis 1.10 RM.
neu eingetroffen. Die Preise sind 25—
30% niedriger als regulär

Willi Paulig

Niederstraße 14.

Deutschkessel.

Am Sonntag, dem 6. November:

Großer Rirmesball

Anfang 5 Uhr. — ff. Musik, die beliebte Damenkapelle. — Eintritt frei. — Es lädt freundl. eine Familie Moermann. Die Kapelle.

Filiale Grünberg: Am Oberlyzeum 8

Jetzt am billigsten

das gute Edelweißgrad und die Edelweiß-Nähmaschine. Katalog gratis und franko von

Edelweiß-Decker, Deutsch-Wartenberg 2

Maschinisten und Heizer.

Sonnabend, den 5. Nov., abends 7 Uhr:

Veranstaltung bei Adam.

Altkeßel Reimanns

Sonntag, den 6. Nov. 1932:

Großes Schweinschlachten.

verbunden mit gr. Ballmuff.

Von 10 Uhr ab: Wollfleisch, nachh. fr. Wurst.

Neu: Glücksstänze! Getanzt wird:

Neu: Walzer u. a. Alle 1/2 Stunde verkehrt. Ball

(wunderb. Preise). Es lädt freundl.

lich ein. K. Reimann und Frau. Die Jazzkanone.

Es ist bestimmt in Gottes Rat,
daß man vom liebsten, was man hat,
muß scheiden.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschieden
heute nach langen schweren, in großer Geduld er-
tragenen Leiden meine herzensgute Frau, meine liebe
Mutter, Tochter, Schwester und Cousine

Anna Fix

geb. Lange.

Lippen, Krs. Crossen, den 3. November 1932.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Gustav Fix

Dora Fix

nebst Angehörigen.

Beerdigung Sonntag nachm. 1/2 Uhr vom Trauerhause aus.

Grippe

Erkältung, Nervosität, Erregungszustände, Schlaflosigkeit, Darmträgheit, Fettleibigkeit, Hustenanfälle, auch Wassersucht. Vorgebeugt, größte Erfolge durch den garantiert echten wohlschmeckenden „Nerus“-Holundersaft

Große Packung 2,75.

Drogenhandlung „Silesia“ Stadler, Hauptgesch. Ring 17, Zweiggesch. Niederstr. 47.

Lieber Heinrich!

Emailekitt, tötet durchgebrannte Kochtöpfe, zerbrochene Glas- und Porzellangegenstände wasser- u. feuerfest. „Silesia“-Drogerie Heinrich Stadler, Ring 17 u. Niederstr. 47.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

24. Sonntag u. Trinitatis: Kollekte f. d. Gustav-Adolf-Verein. Reformationsfest. „Größere“ 8 1/2; hl. Abendm. 9 1/2: Festgottesd. P. Lic. Geißler; 11: Kindergottesd. 12: Taufen. zum Garten Christi. 5: Abendgottesd. P. prim. Krebs. Montag, abends 7 1/2: Bibelstunde-Lawalbau. Mittwoch, abends 7 1/2: Bibelstunde-Heinersdorf. Bethesda. Sonntag Gottesdienst 10 Uhr.

Christliche Gemeinschaft.

Bismarckstraße 38 b.

Sonntag 10 1/2: Kindergottesdienst. Nachmittags 4 Uhr: Vortrag. Abends keine Versammlung. Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Ev. luth. Christuskirche. 24. S. n. Trinitatis: 9 1/2: Predigtgottesdienst. Hl. Abendm. Bibl. Gemeinde. Bapt. Eckenstr. 4, Stg. 4: Deffentl. Vortrag: „Jesus als Arzt d. Blinden“.

Evangelische Kirche Rothenburg a. Oder.

Sonntag, den 6. Nov., vorm. 9 1/2: Reformationsfestgottesdienst; anschließend Beichte und Feier des hl. Abendmahl. 11 1/2 Uhr: Lauffeier. Freitag, d. 11. Nov., abends 8 Uhr: Baterld. Frauen-Berein bei Dittberner mit Vortrag über: Gustav Adolf Christ und Held. Vorträge: Sonntag, den 13. Nov., vorm. 10 1/2 Uhr: Sitzung des Kirch. Wohlauausschusses und des Ev. G. Gemeinde-Kirchenrats.

Ev. luth. Kirche Rothenburg/Oder. Reformationsfest 6. 11. 9 1/2 Uhr: Festgottesdienst mit Festopfer. 11 Uhr: Christenlehre. 14 Uhr: Beichte und heiliges Abendmahl.

Evangelische Kirche Deutschwärtberg. Sonntag vorm. 9 1/2: Reformationsfestgottesdienst. Chor mit Orgeleleitung: „Der Herr, der aller Enden“ (J. S. Bach). Kollekte für den Gustav-Adolf-Verein. — Anschließend Beichte und hl. Abendmahl. — Nachm. 3: Gottesdienst in Nittritz. — Mittwoch abend 7 1/2: Frauenhilfe in Bobernick.

Kath. Pfarrkirche. (6.—12. Nov.). Sonntag früh 7: Frühgottesdienst, vorm. 9: Hauptgottesdienst, nachm. 2 1/2: Segensandacht. Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend früh 7: hl. Messe. Dienstag u. Freitag früh 6 1/2: Spendung der hl. Kommunion.

Kath. Kirche Nittritz. (6.—12. Nov.). Sonntag vorm. 9: Predigt und Hochamt, nachm. 8: Segensandacht. Dienstag und Freitag früh 7: hl. Messe.

Frehstadt. Evangelische Gnadenkirche. Gottesdienste am 24. Sonntag nach Trinitatis. Reformationsfest. Vorm. um 8.30 Uhr: Beichte und Feier des hl. Abendmahl, Pastor Weimann; um 9 Uhr: Amts predigt, Pastor Reppich; um 9.30 Uhr: Gottesdienst in Brunzelwaldau, Pastor Weimann. Nachmittags um 2 Uhr: Taufgottesdienst, Pastor Reppich; um 5 Uhr: Nachmittagspredigt, Pastor Weimann. Kollekte für den Gustav-Adolf-Verein. Montag, abends 6 Uhr: Beichte und Feier des hl. Abendmahl in der Taufkapelle, Pastor Knappe. Freitag, abends 6.45 Uhr: Vorbereitung zum Kindergottesdienst, Pastor Reppich.

Kirchliche Vereinsnachrichten. Sonntag, abends 8 Uhr: Evangel. Männerverein einschl. der Angehörigen in der Herberge. Vortrag: Gustav-Adolf. Montag, abends 8 Uhr: Evangel. Verein erwerbstätiger Frauen und Mädchen in der Herberge. Montag, abends 8 Uhr: Kirchendorf Übungsstunde in der Taufkapelle. Mittwoch, abends 8 Uhr: Evangel. Frauenverein im Seibischen Saale. Donnerstag, abends 8 Uhr: Posaunenchor Übungsstunde.

Katholische Pfarrkirche. (6.—13. Nov.). Sonntag 7.15: hl. Messe, 9: Predigt, Hochamt und hl. Segen; nachm. 8: hl. Segen nur im Stift. Wochentags 7.15: hl. Messe. Freitag getiftetes Requiem mit Salve. Freitag, abends 6: hl. Segen im Stift. Sonnabend, nachmittags 5: hl. Beicht.

Christliche Gemeinschaft Frehstadt. Sonntag, nachm. 1.30 Uhr: Kinderstunde; 3 Uhr: Evangelisation; 4.30 Uhr: Jugendbund. Dienstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde. Federmann ist herzlichst eingeladen.

Verantwortlich: für Politik, Dogen-Nachrichten aus aller Welt, Polizei und Feuerwehr Richard Stein, für Provinz, Volks- und Landwirtschaft u. Sport Bittor Strelz.

Für die Inserate verantwortlich: August Spilke, Sämtlich in Grünberg. Druck und Verlag von B. Löffelholz, Grünberg.

Hierzu zwei Beilagen.